

Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft



Dokumente
lesbisch-schwuler
Emanzipation

24

Dokumentation der internationalen Fachtagung

Gemeinsam für Anerkennung und Respekt

**Wie kann Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft
verhindert werden?**

25. November 2008

Werkstatt der Kulturen Berlin

Impressum

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales
Landesstelle für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung
Oranienstraße 106, 10969 Berlin
www.berlin.de/lb/ads

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf be-
stimmt und darf nicht zur Werbung für politische
Parteien verwendet werden.

Redaktion:
Claus Nachtwey
Redaktionsschluss April 2009

Bestellungen:
broschuerenstelle@senias.berlin.de

V.i.S.d.P.:
Anja Wollny
Pressestelle der Senatsverwaltung für Integra-
tion, Arbeit und Soziales

Gestaltung und Herstellung: Detlev Pusch
Umschlag: kursiv, Katrin Schek
Umschlagsfoto: Tanja Fügener



**Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung**

Inhaltsverzeichnis

BEGRÜSSUNGEN

- 7** Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner
- 11** Eren Ünsal, Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle

FACHBEITRÄGE

- 13 Migration, Begehren und Gewalt**
Anmerkungen zu Rassismus und Homophobie
Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela
- 27 Schwule & Muslime zwischen Homophobie und Islamophobie**
Dr. Andreas Hieronymus
Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Hamburg
- 43 Sichtbar sein!**
Eine Strategie gegen Homophobie in Migrant/innencommunities
Frank van Dalen, De Dialoog, Niederland

PODIUMSDISKUSSION

- 57 Strategien in der Zusammenarbeit gegen Homophobie und Rassismus – ein Streitgespräch!**

66 KULTURBEITRAG

HipHop Band „EY!LEM“

AUS DEN WORKSHOPS

- 69** Welche spezifischen Angebote brauchen die Jugendhilfe und Schule im Umgang mit Homophobie und Rassismus? Handlungsstrategien entwickeln!
- 75** Warum spricht niemand über den Rassismus in den lesbisch/schwulen Szenen? Ausgrenzungen sichtbar machen!
- 81** Welche Rahmenbedingungen brauchen wir zur Sensibilisierung von Rassismus und Homophobie? Gemeinsam handeln – Netzwerke bilden!

Anhang

- 85** Projekte und Adressen
- 87** Dokumente des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen



Vorwort

Was ist eigentlich Homophobie? Unter Homophobie versteht man feindliche Einstellungen gegenüber homosexuellen Menschen aufgrund ihres (vermeintlichen) sexuellen Verhaltens.

In der jüngsten Zeit sind in Berlin erschreckende Taten gegenüber Lesben und Schwulen sowie Schändungen des Mahnmals der homosexuellen NS-Opfer verübt worden. Homophobe Hintergründe und Ursachen können bei diesen Fällen nicht ausgeschlossen werden.

Es ist dem Berliner Senat ein wichtiges Anliegen, Homosexuellenfeindlichkeit und jegliche Diskriminierung gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu bekämpfen und zu verhindern. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) hat im Jahr 2008 einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Bekämpfung von homosexuellenfeindlichen Taten gelegt: Ein Arbeitskreis „Für gegenseitigen Respekt, gegen Homophobie“ wurde eingerichtet. Dieses zentrale Vernetzungsgremium, in dem sämtliche Vereine der lesbischen, schwulen und transidenten Migrantengemeinschaft versammelt sind, hat wichtige Initiativen im Themenfeld Homophobie gestartet. Neben weiteren Veranstaltungen¹ wurde am 25. November 2008 die internationale Fachtagung „Gemeinsam für Anerkennung und Respekt. Wie kann Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft verhindert werden?“ in Berlin durchgeführt.

Auf der Tagung ging man der Frage nach, wie Ausgrenzungen von Lesben und Schwulen mit und ohne Migrationshintergrund verhindert werden können. In den Vorträgen und Workshops wurde deutlich, dass zielgruppenspezifische Maßnahmen mit kulturspezifischen Ansätzen nötig sind, damit es zu keiner Stigmatisierung einzelner Gruppen kommt. Die Tagung trug dazu bei, die Dialogfähigkeit zwischen den Akteuren herzustellen, auch wenn die geäußerten Ansichten kontrovers waren. Die über 300 Teilnehmer/innen der Tagung setzten sich das gemeinsame Ziel, den Kampf gegen Homophobie zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

Diese Dokumentation soll einen Beitrag dazu leisten, verschiedene Präventionsansätze gegen Homosexuellenfeindlichkeit zu verstehen und in einem sensiblen Prozess Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft abzubauen.

Ich danke allen Akteuren, die bei dieser Arbeit aktiv mitwirken!

Claus Nachtwey

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

1 *Religion, Gender, Sexualität* im Rathaus Schöneberg, Mai 2008; Veranstalter: LesMigras, LADS

Runder Tisch *Gemeinsam gegen Homophobie* im Roten Rathaus, Oktober 2008; Veranstalter: der Berliner Beauftragte für Integration und Migration, LADS

Homophobie bekämpfen im Deutschen Bundestag, 21. November; Veranstalter: Fraktion Die Grünen

Für Akzeptanz und Gleichbehandlung im Bezirksamt Kreuzberg, Dezember 2008; Veranstalter: Türkischer Bund BB, GLADT, LesMigras, ADNB, Migrationsrat.



Begrüßung

In den letzten Monaten ist schon viel über die Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft in öffentlichen Veranstaltungen und am Runden Tisch diskutiert worden. Wir wollen heute im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs und am Tag gegen Gewalt an Frauen bei diesem Thema über den Tellerrand von Berlin hinaussehen und einen internationalen Vergleich wagen.

Aktuelle Probleme

Das Ausmaß der Homophobie und die damit verbundenen Ereignisse in diesem Jahr haben auch mich erschüttert. Ich nenne nur einige Beispiele:

- die homosexuellenfeindlichen Äußerungen in einem arabischen Magazin, die schwule Männer als Verbrecher darstellen,
- eine rechtsradikale Internetseite veröffentlicht letzten Donnerstag einen widerlichen Artikel, in dem es heißt, dass Lesben und Schwule nichts zum Volkswachstum beitragen und damit das deutsche Volk ausrotten,
- Schwule jugendliche Migranten werden nicht in Schöneberger Bars gelassen, weil sie angeblich dort nicht hineinpassen.

Homophobie bezeichnet feindliche Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund eines sexuellen Verhaltens und eines damit verbundenen Auftretens in der Öffentlichkeit, das als „normabweichend“ empfunden wird. Homophobie ist als gesamtgesellschaftliches Problem zu sehen, wenn 31% bei einer Befragung 2007 dem Statement zustimmen, es sei „ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“.

Homophobie steht auch als Phänomen in einer Reihe mit Xenophobie, Rassismus oder Sexismus – es handelt sich um so genannte „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, die man in den letzten Jahren versucht durch gesetzliche Maßnahmen einzudämmen. Aber leider reichen diese längst nicht aus.

In den letzten Wochen wurde der Begriff Homophobie in den Medien oftmals als Krankheit suggeriert und mit Hass verbunden. Verschiedene Studien machen jedoch die Ursachen längst klar: Autoritätsgläubigkeit und religiöse Glaubensansätze beeinflussen die Einstellungen der Menschen stark, wenn sie über Homosexualität nachdenken.

Damit kommt es zu unterschiedlichen und nicht selten gegensätzlichen Lebensvorstellungen. D. h. konkret, in unserer pluralen Gesellschaft ist das Aufeinandertreffen von Muslimen und Lesben, Schwulen und Transgender äußerst spannungsgeladen, letztlich aber unvermeidbar.

Werfen wir einen Blick in den Alltag, wie leben Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund in ihren Herkunftsfamilien? Nicht viel anders als in deutschen Familien, d.h. die Mütter sind oftmals die Diplomatinen der Familie, während die Väter sich häufig schwer tun mit der Homosexualität ihrer Töchter oder Söhne umzugehen. Der Kompromiss ist viel zu oft, dass man sich auf Schweigen einigt. Dann leben junge Lesben und Schwule versteckt mit ihren Fragen und Unsicherheiten und fühlen sich allein gelassen. Jedoch ist das besondere Problem für Jugendliche mit Migrationshintergrund, dass sie oft gar keine offen lebenden Lesben oder Schwulen kennen, an denen sie sich orientieren können.

Erschwerend hinzu kommen patriarchale Strukturen, die zu Lesben- und Schwulenfeindlichkeit führen können. Insbesondere hier kratzen die Emanzipationsstrategien der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender Personen erheblich an der traditionellen Vorstellung von Geschlechterrollen und Machtverhältnissen.

Fragen wir uns:

- An welche Normen haben sich lesbische Migrantinnen und schwule Migrantinnen zu halten, wenn sie in patriarchalen Familienstrukturen leben?
- Welche Sanktionen haben sie zu befürchten, wenn die Normen aus der Herkunftsethnie gebrochen werden? (Zwangsheirat)
- Was wissen diejenigen unter uns, die von ihrer Herkunft Deutsche sind von dem kulturellen Leben der Migrant/innen insbesondere in Bezug auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen in anderen Kulturen?
- Und letzt endlich: welche Zuschreibungen von Seiten der Lesben und Schwulen existieren dazu?

Viele Fragen, die Sie hier und heute in einem internationalen Rahmen diskutieren können. Dabei wird eine separate Betrachtung der Diskriminierungen auf Grund von Rassismus und Homophobie nicht immer möglich sein.

Maßnahmen

In den letzten Jahren hat der Senat seine Hände nicht in den Schoss gelegt, unterschiedliche Maßnahmen sind initiiert und gefördert worden. Da sind z.B. zu nennen:

1. Der 2007 eingerichtete AK „Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in den Migrant/innencommunities“ von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung ist das zentrale Vernetzungsgremium und hat wichtige Initiativen gestartet im Themenfeld Homophobie und Rassismus. In ihm sind Vertreter und Vertreterinnen sämtlicher Vereine der lesbischen, schwulen und transidentischen Migrantengemeinschaft vertreten. Der Arbeitskreis hat bereits mehrere Fachgespräche durchgeführt.
2. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat im Mai 2008 eine Diskussionsveranstaltung mit dem Thema „Religionen – Sexualität – Gender“ im Rathaus Schöneberg durchgeführt.
3. Senat und Bezirke fördern Initiativen und Projekte betreffend der Auseinandersetzung mit Homophobie und Rassismus. Beispielhaft sei hier der Verein GLADT genannt, dessen Projekt „Homosexualität in der Einwanderungsgesellschaft – Handreichungen für emanzipatorische Jungenarbeit“ im Rahmen des Aktionsprogramms „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ gefördert wird.
Große Projekte gegen Homophobie wurden in den vergangenen Jahren aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie gefördert, z. B.:
 - Toleranzkampagne des Vereins Mann-o-Meter z.B. Plakatwerbung
 - Respect games des LSVDs
4. Im Islamforum wurde 2007 aufgrund diverser Veröffentlichungen intensiv über das Verhältnis von Religion und Homosexualität diskutiert. Im Sep-

tember 2008 legten muslimische Organisationen erstmals ein gemeinsames Positionspapier vor.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass mehr über die Probleme als über die guten Maßnahmen und Ansätze gesprochen wird. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie führen viele gute Projekte in Berlin durch, die jedoch derzeit nicht ausreichen, um das Phänomen Homophobie und Rassismus von der Agenda zu streichen.

Ich verstehe Integrationspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich auch an die Mehrheitsgesellschaft richtet und für eine neue Kultur der wechselseitigen Anerkennung und des Respekts gegenüber den vielfältigen Lebensweisen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion grundlegend ist.

An diesem internationalen Fachtag kann ein Dialog nur geführt werden, wenn die wichtige Voraussetzung, ein vorurteilsfreies und tolerantes Miteinander der Kulturen, Religionen und Lebensweisen gewährleistet ist. Die Würde des Menschen betrifft auch seine sexuelle Identität.

Dieser Dialog lebt von den Gegensätzen, von dem Anderen, das erkundet werden möchte. Achtung und gegenseitige Wertschätzung sind unverzichtbare Bestandteile dieses heutigen Gesprächs! Wenn uns das gelingt, dann können wir auch mit anderen eine aktive Partnerschaft bilden, um gemeinsam die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Mitglieder der Gesellschaft zu erlangen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für diesen Tag viel Erfolg und gutes Gelingen!

Dr. Heidi Knake-Werner

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte sie zu unserer heutigen Veranstaltung ganz herzlich begrüßen!

Die lebhaften Debatten in den vergangenen Wochen haben eine konstruktive Auseinandersetzung zum Thema „Homophobie“ in Gang gesetzt und uns einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, miteinander zu sprechen. Sie haben uns auch einmal mehr sensibilisiert für ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem, das wir nicht hinnehmen können und nicht hinnehmen wollen.

Wir konnten beobachten, dass sich viele Menschen daran beteiligen möchten, Lösungswege aus der Homophobie zu entwickeln und diese mit uns gemeinsam umzusetzen. Dass wurde nicht nur anhand der zahlreichen Reaktionen deutlich, die uns als Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung im Vorfeld dieser Veranstaltung erreicht haben, dass sehe ich auch, wenn ich hier in den fast schon überfüllten Saal blicke. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Wir – das Team der Landesantidiskriminierungsstelle – freuen uns sehr, dass Sie heute alle gekommen sind, um mit uns über Ursachen von feindlichen Einstellungen gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen zu sprechen und Strategien gegen Homophobie zu entwickeln.

Vor allem wollen wir über Anerkennung sprechen, über Respekt für unterschiedliche Lebensweisen und darüber, wie wir eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung gemeinsam erreichen können.

Ich möchte nicht erneut eine Einführung geben, sondern nur kurz zwei Punkte unterstreichen, die Frau Senatorin Dr. Knake-Werner genannt hat. Ganz wichtig ist uns, deutlich zu machen, *dass wir das Thema Homophobie nicht als eine vorübergehende Erscheinung ansehen*, sondern uns auch in den nächsten Jahren mit Nachdruck diesem Problemfeld zuwenden werden. Dazu gehört für uns nicht nur die Weiterführung des Arbeitskreises „Für gegenseitigen Respekt – gegen Homophobie“, sondern dazu gehört auch, dass wir uns verstärkt der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit im Bildungsbereich zuwenden

werden. Ich denke in diesem Punkt sind wir uns alle einig, dass der Bildungsbereich ein Feld mit großem Bedarf an gezielter Sensibilisierungsarbeit darstellt. Wir müssen die vorhandenen guten Konzepte für die Arbeit mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern mit Nachdruck in die Schulen und in die vorschulischen Einrichtungen tragen.

Wir werden unsere Aktivitäten eng mit Ihnen abstimmen, und hoffen, dass wir auch in Zukunft mit Ihren inhaltlichen Impulsen, Ihrer konstruktiven Kritik und Ihrer tatkräftigen Unterstützung rechnen können. Wir sind der Meinung, dass nur mit einem breiten Bündnis aus Politik, Verwaltung, Organisationen und Projekten echte Erfolge erzielt werden können.

Viele Menschen haben an der Vorbereitung dieser Veranstaltung mitgewirkt und ich möchte die Gelegenheit nutzen, um einigen von Ihnen zu danken, allen voran Claus Nachtwey aus meinem Team und der Arbeitsgruppe von GLADT, ganz besonders Tülin Duman und Koray Yilmaz-Günay. Vielen Dank für Euren Einsatz! Ich weiß, dass Ihr gerade in den letzten Wochen noch einige Hürden nehmen musstet, um das inhaltsreiche und vielfältige Programm zu realisieren, wie wir es heute erleben werden.

Eine solche Veranstaltung lebt nicht nur davon, dass viele Menschen bereit sind uns inhaltlich zu unterstützen, sondern dass Menschen auch bereit sind, uns materiell zu unterstützen. Wir haben einen Sponsor über dessen Unterstützung ich mich ganz besonders freue. Daher gilt mein besonderer Dank Remzi Kaplan, dem Vorsitzenden der Türkisch-Deutschen-Unternehmervereinigung, der dafür gesorgt hat, dass wir nachher nicht mit leerem Magen miteinander sprechen. Ich denke, mit leerem Magen lassen sich auch nicht so gute Strategien entwickeln, wie nach einem traditionellen türkischen Imbiss. Remzi Kaplan hat auch dafür gesorgt, dass der Imbiss sozusagen dem Anlass angemessen ist, es gibt nämlich Döner Kebab.

Wir, das Team der Landesantidiskriminierungsstelle, steht Ihnen den ganzen Tag gern für Fragen und Gespräche zur Verfügung. Sprechen Sie uns einfach an. Bleibt mir nur noch Ihnen allen einen interessanten und ergebnisreichen Tag zu wünschen.

Vielen Dank.

Eren Ünsal

Leiterin der Landesstelle
für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Migration, Begehren und Gewalt

Anmerkungen zu Rassismus und Homophobie



*Oppressive Language does more
than represent violence; it is violence.¹*

Toni Morrison

Ganz herzlichen Dank für die freundliche Einladung einen Vortrag auf dieser wichtigen Konferenz zu halten, der ich sehr gerne nachgekommen bin!

In meinem Vortrag werde ich versuchen, kurz das Zusammenspiel zwischen „Rassismus“ und „Heterosexismus“ darzulegen, denn immer noch ist eine isolierende Betrachtung die übliche Herangehensweise an Diskriminierungsphänomene. So werden „Rassismus“, „Sexismus“ und „Heterosexismus“ nach wie vor häufig getrennt voneinander betrachtet, ohne die Zusammenhänge und Dynamiken zwischen ihnen zu beleuchten. Das führt nicht nur zu simplifizierenden, sondern eben auch zu verfälschenden Analysen.

Interessant dabei scheint mir, dass in dem Moment, in dem eine sozial diskriminierte Gruppe als diskriminierend „entlarvt“ wird, Bewegung in die Debatte kommt. Wie Michel Foucault sagen würde, kommt es dann zu einer „diskursiven Explosion“. Konsequenz davon sind dann beispielsweise gut besuchte internationale Konferenzen wie diese hier. So ist die Frage, die viele hier und heute beschäftigt: Sind Migrant/innen homophob? Sind sie eventuell homophober als Mehrheitsangehörige? Viel zu schnell wird die Frage entschlossen bejaht und zugleich eine „neue“ Zielgruppe ins Visier sozialer und pädagogischer Arbeit genommen. Bildungsprogramme, Forschungsprojekte und Plakataktionen werden von Stiftungen, Bildungsträgern und Ministerien finanziert und kein Journal lässt das Thema unbeachtet. Plötzlich, so scheint es, sind „Demokratie“ und „Freiheit“ in Gefahr. Wobei nicht die Antworten das wahre Problem darstellen, sondern die Fragen. Sie geben die Richtung der Antwort und Untersuchungen vor, provozieren die üblichen Erklärungsmuster, die kaum zufällig häufig auf rassistische Archive zurückgreifen. So

¹ Repressive Sprache repräsentiert nicht nur Gewalt, sie ist Gewalt.

werden erneut „Kultur“, „Religion“ und „Biologie“ als allumfassende erklärende Kategorien aufgerufen. „Migrant/innen sind homophob“, so heißt es, weil deren Kultur anders ist, weil sie einfach anders sind – auch wenn sie hier geboren wurden und nie woanders gelebt haben. Und nach wie vor kurziert die Behauptung, Muslime seien homophober, weil *der* Islam homophob sei. Nicht nur durch die Mainstreammedien auch queere Nicht-Regierungs-Organisationen verbreiten diese schlichte Ansicht. Einfache Erklärungen stehen zurzeit hoch im Kurs. Und tatsächlich haben sie einen nicht zu verkennenden Vorteil vor vielschichtigen Darstellungen: Sie reduzieren Komplexität und schaffen zudem ein klares „Wir“, welches als frei, tolerant und vorurteilsfrei imaginiert werden kann. Der „Westen“, die „Mehrheitsangehörigen“ können wieder einmal die Errungenschaften der „Zivilisation“ feiern. Dass diese Errungenschaften auf Gewalt basieren bleibt ungehört.

Im Gegensatz zu dieser Selbstrepräsentation, gaben 80 Prozent der deutschen Männer in einer Emnid-Umfrage im Jahre 2001 an, sie hätten „Probleme mit einem eigenen lesbischen oder schwulen Kind“. Der Diskurs über „homophobe muslimische Migrant/innen“ scheint also eher der Sparte soziale Verdrängung anzugehören, der zudem eine historische Amnesie sichtbar werden lässt und die tatsächlichen „deutschen Zustände“ verleugnet. Ohne zu zögern werden bei homophober Gewalt, die von migrantischen Jugendlichen ausgeht, religiöse Motive unterstellt. *Der* Islam scheint jegliche Form von Gewalt erklären zu können. Dabei stellt die Aussage: „Türkische Jugendliche sind homophober als deutsche“, eine relativ große Einwohner/innen-gruppe in Berlin unter Generalverdacht und ist dabei gleichzeitig ahistorisch und unterkomplex. Es scheint, dass diese Aussage nicht trotz bestehender anti-muslimischer Vorurteile verbreitet wird, sondern gerade wegen derselben das Stereotyp wird immer wieder gerne gehört.

Kleine Anmerkungen am Rande: Das bedeutet nicht, dass Menschen, die sich als muslimisch bezeichnen, nicht homophob sein *können* und es auch oft sind – wie Christen eben auch. Noch im Oktober 2008 bezeichneten hochrangige Beamte des Vatikans Homosexualität als „eine Abschweigung, eine Unregelmäßigkeit, eine Wunde“, während der Papst Homosexualität als „Zerstörung von Gottes Werk“ beschreibt.

„Nach der Definition des Runnymede Trusts liegt Islamophobie unter anderem dann vor, wenn 1. der Islam als ein monolithischer Block betrachtet wird, der statisch und unempfänglich für Veränderungen sei; 2. er als geson-

dert und „anders“ gesehen wird, ohne gemeinsame Werte mit anderen Kulturen und ohne von diesen beeinflusst zu sein oder diese zu beeinflussen; 3. er als dem Westen unterlegen, barbarisch, irrational und sexistisch konstruiert wird; und 4. er ausschließlich als gewaltsam, aggressiv, bedrohlich, terroristisch und kulturkämpferisch wahrgenommen wird“ (Klauda 2007).

Insoweit müssen wir uns wohl die Frage stellen, inwieweit die Zitierung der Aussage „muslimische Migrant/innen sind homophober“ so viel Resonanz – auch bei queeren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – findet, weil sie eben anti-muslimische Bilder bedient. Welche Stellen in der Bibel können Sie bspw. zitieren, die darauf hinweisen, dass *das* Christentum homophob ist? Welche Suren können Sie zitieren, die beweisen, dass *der* Islam homophob ist? Und warum wird, wann immer eine/r darauf hinweist, dass nicht *der* Islam gewalttätig ist, sondern dass im Namen einer jeden Religion und auch im Namen des Säkularismus Gewalt legitimiert werden kann und wird, diese Person als entweder naiv, dumm oder islamophil bezeichnet? Welche soziale Funktion, so lässt sich fragen, erfüllt diese klare Grenzziehung?

Homophobie, Rassismus und Postkoloniale Theorie

Ich werde nun in aller Kürze aufzeigen, in welcher Art und Weise „Heterosexismus“/„Homophobie“ und „Rassismus“ miteinander verflochten sind. Die Perspektive, die ich hierfür anlegen werde, ist eine postkoloniale. Das mag befremden, denn was, so ließe sich fragen, hat Postkoloniale Theorie zu den aktuellen Debatten um „Homophobie und Rassismus“ beizutragen? Was hat Kolonialismus mit Homophobie zu tun?

In den letzten Jahren ist postkoloniale Theorie zu einem bedeutenden kritischen Diskurs aufgestiegen. Ihr theoretischer Zugang ist interdisziplinär und stellt eine Dialektik zwischen Marxismus auf der einen Seite und Poststrukturalismus/Postmodernismus auf der anderen Seite dar. Die poststrukturalistische Kritik westlicher Erkenntnistheorien und die Theoretisierung sogenannter kultureller Differenzen werden dabei mit der materialistischen Philosophie des Marxismus in Dialog gebracht. Sie stellen so die Basis auch einer postkolonialen Politik dar. Eines der Ziele postkolonialer Theorie ist die Aufdeckung und Dekonstruktion essentialisierender und eurozentristischer Diskurse, die notwendige Dekolonialisierungsprozesse in Gang halten und

neokolonialistische Diskurse irritieren sollen. Ein jedes Sprechen von *den* „Muslimen“, „Türken“, „Arabern“, „Orientalen“ etc. ist verdächtig. Und so ist immer wieder zu fragen, was das Sprechen von *denen* verschweigt und wer davon letztendlich profitiert.

Wenn Kolonialismus nicht nur als ein Prozess territorialer Eroberung gesehen wird, sondern im Sinne des französischen Philosophen Michel Foucault als Subjektivierung betrachtet wird, dann umfasst das Feld postkolonialer Theorie nicht nur die Rekonstruktion historischer Dominierung des ‚Südens‘ durch den ‚Norden‘ – durch Einsatz ökonomischer und militärischer Gewalt. Eher muss es *auch* um eine kritische Analyse der Konstruktions- und Formationsprozesse gehen, an deren Ende ‚Europa‘ und seine ‚Anderen‘ stehen. Wobei der Prozess des *Othering* – des Fremd-machens – in einer klaren Beziehung zur Politik der Selbstrepräsentation ‚Europas‘ steht. Die Faszination, die für den ‚Westen‘ vom so genannten Orient ausgeht, ist keine harmlose Liebhaberei. Vielmehr reflektiert sie eine hegemoniale Logik, die sich insbesondere zum Ende des 19. Jahrhunderts in Europa entfaltet und bis heute an Aktualität kaum eingebüßt hat. Der Literaturwissenschaftler Edward Said erläutert diese in seinem prominenten Konzept des Orientalismus (1978), dessen Schlüsselmanöver das *Othering* darstellt: Ein komplexer Prozess des Fremd- oder Different-Machens, der über eine dualistische Logik funktioniert, an dessen Ende die Anderen vis-à-vis dem abendländischen Selbst stehen. Die Beschreibung und Analyse dessen, was Said als Orientalismus bestimmt hat, eröffnet mithin Einblicke in die Produktion des hegemonialen Westens. Dies ist auch der Grund dafür, dass einige kritische Autor/innen vom Okzidentalismus sprechen, der ihrer Meinung nach besser bezeichnet, dass es um die ‚Orientalisierenden‘ und nicht die ‚Oriental/innen‘ gehe. Der Okzident stellt sich in der Begriffsfolge des Orientalismus in Abgrenzung vom Orient als aufgeklärt, zivilisiert und emanzipiert dar und legitimiert damit selbst gewaltvolle territoriale Beherrschungen über Kolonien und Protektorate. Orientalismus stellt ein komplexes Geflecht von zur Wahrheit geronnenen westlichen Aussagen über den Orient und dessen bildliche, verbale und schriftliche Repräsentation in Kunst, Literatur und Wissenschaft dar.

Am Beginn der modernen Zivilisierungsmission stand die Vorstellung der „befreienden Intervention“. Instruktiv für diese Idee war die jahrhundertealte europäische Theorie der orientalischen Despotie, die bis ins 16. Jahrhundert zurückgeht. Zu Hoch-Zeiten imperialer Herrschaft am Ende des 18. Jahrhun-

derts zogen die Kolonialherren schließlich den Schluss, dass sie zum gewalt-samen Sturz despotischer Regierungen in anderen Teilen der Welt nicht nur berechtigt, sondern geradezu in einem höheren Sinne beauftragt waren – ein Begründungsmuster, welches sich übrigens gleichzeitig bei der französischen Invasion Ägyptens 1798 findet, die als Befreiung des ägyptischen Volkes von der archaischen Tyrannei der Mamelucken gerechtfertigt wurde. Hieran zeigt der postkoloniale Theoretiker Edward Said auch die enge Verbindung zwischen Orientalismusstudien und dem Aufstieg imperialistischer europäischer Herrschaft auf. Napoleon gelang es bspw. die ägyptische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass er im Namen des Islams und nicht gegen ihn kämpfte. Um dies zu erreichen, setzte dieser durchaus geschickt strategisch, das bereits vorhandene Wissen über den Koran und die „islamischen Gesellschaften“ ein. Eindrucksvoll gelingt es der napoleonischen Herrschaft, die wohl berechnete taktische Macht des Wissens zum Einsatz zu bringen. So gab Napoleon beim Verlassen von Ägypten strikte Anweisungen, die Verwaltung Ägyptens den Orientalisten und den religiösen islamischen Führern, die er für seine Sache hatte gewinnen können, zu übergeben, jede andere Politik, so Said, war zu teuer und auch zu dumm.

Zivilisierungsmissionen können mithin gesehen werden als motiviert durch ein Sendungsbewusstsein. Sie funktionieren dabei gleichzeitig als Legitimierungsstrategie für koloniale Beherrschung. In England wird sie auch als „white man's burden“ – „die Bürde des weißen Mannes“ bezeichnet. Dieser muss, so die Vorstellung, aus moralischer Verpflichtung, den ‚Wilden‘ die Zivilisation und Kultur übermitteln, sie erziehen und disziplinieren und damit befreien aus ihrer ‚kulturellen und zivilisatorischen Armseligkeit‘.

Die postkoloniale Theoretikerin Gayatri C. Spivak bemerkt zu recht, dass die autonome, analytische Trennlinie „Geschlecht“ bzw. „Zweigeschlechtlichkeit“ eine zentrale Positionierung genießt, die den Blick auf eine viel größere Textualität behindert. Damit mahnt sie, dass die Beschäftigung mit Gender und Sexualität nicht zu trennen ist von dem, was sie als eine „größere Textualität“ bezeichnet und was etwas verkürzt als die strukturelle Bedingtheit der genannten Kategorien zu bestimmen ist. Demzufolge ist ein kontextualisierter sozio-historisch informierter Blick für die Analyse von Homophobie und Rassismus unabdingbar. Nicht nur gehe ich davon aus, dass wir nicht sehr weit kommen, wenn wir so tun, als handele es sich bei Homophobie um ein „kulturspezifisches Phänomen“, sondern ich glaube, dass die

Analyse damit unweigerlich in ein gefährliches kulturell-rassistisches Fahrwasser gerät. Wenn wir Heterosexismus dagegen als ein sozio-historisch gewordenes Phänomen betrachten und mithin innerhalb einer größeren Textualität analysieren, entsteht ein komplexeres und auch komplizierteres Bild, welches angesichts der produzierten Gewalt angemessener erscheint.

Eine problematisierende Sicht auf diese verschlungenen Prozesse versucht, klassische Interventionsfelder queerer Politik einer Kritik zu unterziehen und ihre Kooptierung durch koloniale Gouvernamentalitäten aufzuzeigen. Strategisch wertvoll ist hier die von Spivak geforderte dekonstruktive Wachsamkeit. Dabei geht es nicht darum, Fehler aufzudecken, wie Spivak erläutert, sondern bei allen politischen Praxen – insbesondere derjenigen mit radikalem emanzipativen Impetus – darauf zu achten, wo und in welcher Weise diese ausgrenzend sind und die hegemonialen Gesellschaftsstrukturen stabilisieren, auch wenn sie das Gegenteil intendieren. Daraus könnten sich eventuell neue Formen der nicht-staatlichen Gegenwehr ergeben, die die Fundamente hegemonialer Staatlichkeit angreifen, die im Westen und seinem Rest immer noch und insbesondere heteropatriarchalische sind. Koloniale, rassistische Diskurse bleiben verwoben mit Diskursen um ‚deviante Sexualitätsformen‘. Kolonien waren, wie Anne McClintock (1995) bemerkt, *„porno-tropics for the European imagination – a fantastic magic lantern of the mind onto which Europe projected its forbidden sexual desires and fears“*².

Nicht-europäische Frauen und Männer galten den Kolonialmächten als sexuell unersättlich, unkontrollierbar und neigten denselben zufolge eher zu gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Insbesondere Haremsgeschichten dienten dazu, Phantasien des lesbischen Begehrens zu evozieren. Dabei handelt es sich nicht nur um exotische Geschichten über die *Anderen*, die Erzählungen dienten durchaus auch der Definierung so genannten ‚devianten Sexualverhaltens‘ und der Normierung der ‚richtigen Praxis‘ in Europa. Gleichzeitig hatte die Kriminalisierung von homosexuellen Praxen etwa in Großbritannien direkte Konsequenzen für die Wahrnehmung homosexuellen Begehrens innerhalb der Kolonialländer. Sodomie war nun nicht mehr ‚nur‘ sündhaft, sondern galt fortan als krimineller Akt, der entsprechend verfolgt

2 Pornotropen für die europäische Phantasie – eine phantastische Laterna magica im Kopf, auf die Europa seine verbotenen sexuellen Wünsche und Ängste projizierte.

und unter Strafe gestellt wurde. Im Prozess der Kolonialisierung wurden die Kolonien als Brutstätten ‚sexueller Devianz‘ bestimmt, die einer gründlichen zivilisatorischen Reinigung bedurften. Zu diesem Zwecke wurde bspw. 1860 in *British India* das koloniale Anti-Sodomie-Statut, Section 377, in das Indische Strafgesetzbuch übernommen. In *Pre-British-India* wurde gleichgeschlechtlicher Sex dagegen nicht strafrechtlich verfolgt, wenn er auch nicht überall sozial akzeptiert war.

Die Kodifizierung eines einheitlichen Strafgesetzes und eines Bürgerlichen Rechts hatte in vielen Kolonialländern zur Folge, dass die bis dahin sehr heterogenen Rechtsvorstellungen innerhalb der Länder eine koloniale Homogenisierung erfuhren. Galt z.B. vormals für die unterschiedlichen Territorien des späteren Indiens eine differente Rechtsprechung, so führte die britische Kolonialmacht ein einheitliches landesweites Recht ein. Und obschon die britische Kolonialmacht vorgab, mit Vorsicht und Bedacht die vorhandenen Schriften und Schriftexperten zu konsultieren, wurde bei der Kodifizierung, wie nicht anders zu erwarten, die britische Gesetzgebung zur Basis der neuen Rechtssprechung. Diese wurde wie folgt begründet: *„The purpose of the Section 377 is to provide a healthy environment in the society by criminalizing unnatural sexual activities against the order of nature.“*³

Auch in islamischen Ländern, so weist Georg Klauda (2008) nach, entstehen homophobe Intoleranz und Repression erst im Prozess der Modernisierung: „Die Aussage, der Islam verdamme ‚die Homosexualität‘, ist im höchsten Maße irreführend. Er bringt ein Konzept ins Spiel, das erst in der Zeit der europäischen Aufklärung relevant wurde: die Konstruktion eines devianten Begehrens, das zwei Personenklassen voneinander unterscheidet, eine ‚normal‘ fühlende Mehrheit und eine sexuell ‚andersartige‘ Minderheit“ (Klauda 2008).

In seiner hervorragenden Studie kann Klauda anhand von historischem Material aufzeigen, dass die Unterdrückung von Homosexualität nicht Bestandteil traditioneller Rechtsvorstellungen ist, sondern durch die „Formierung von Homosexualität als einer spezifizierenden Identitätskategorie“ erst in der Durchsetzung moderner Verhältnisse in den islamischen Ländern produziert wird. Auch hier stabilisiert die „Modernisierung des Rechts“ einen

³ Ziel der Section 377 ist es, durch die Kriminalisierung „unnatürlicher gegen die Ordnung der Natur verstoßender“ sexueller Aktivitäten für ein gesundes gesellschaftliches Umfeld zu sorgen.

Prozess, der am Ende zur Verdammung von Homosexualität führt. Homophobie erscheint so als Ergebnis einer gewaltsamen Anpassung an die Denkformen der Kolonialherren, die Homosexuelle im Prozess der Modernisierung erstmals identifizierten, bezeichneten und damit zum Objekt staatlichen Handelns machten.

Erwähnt muss auch werden, dass sich interessanterweise die Vorstellungen kolonialer und antikolonialer Diskurse nationalistischer Prägung dann ähneln, wenn sie ihre Haltung gegenüber Sexualität darstellen. Wie M. Jacqui Alexander (1997) schreibt: „(...) no nationalism could survive without heterosexuality (...). It still remains more conducive to nation-building than same-sex desire, which is downright hostile to it, for women presumably cannot love themselves, love other women, and love the nation simultaneously“⁴.

Unterdessen verschmelzen im Bild der Vergewaltigung, welches dominant in kolonialen und antikolonialen Diskursen nachzuweisen ist, rassistische und sexuelle Gewalt. Sprachen die Briten von einem „Eindringen“ in Indien, so galt dies den anti-kolonialen Nationalisten als „Vergewaltigung der Heimat“. Die britischen Kolonialherren beschrieben den indischen Mann als feminisiert, doch während des indischen Aufstands gegen die Kolonialmacht 1857 waren es dann die britischen Kolonialisten, die mit weiblichen sexualisierten Metaphern belegt wurden. Sowohl das Empire als auch sein Antagonist, die nach-koloniale Nation, zeigen sich zudem als heteronormative Projekte, die beide auf einer maskulinen Bedeutungsökonomie beruhen. Im spätviktorianischen Zeitalter wurde etwa Maskulinität als die Manifestierung kolonialer Autorität bevorzugt, während zeitgleich die behauptete „Weiblichkeit“ und Neigung zur Homosexualität des indischen Mannes zur Legitimation kolonialer Aneignung wurde. Von dieser Perspektive aus betrachtet, erscheint das antikoloniale nationalistische Unternehmen als eines, welches versucht die verlorene Maskulinität wiederzugewinnen. In der Konsequenz gerät dies zum Wegbereiter postkolonialer Heteronormativität. Gandhis Ermordung durch rechte Hindus im Namen der remaskulinisierten Hindus ist symptomatisch für die Komplizenschaft antikolonialer und nationalistischer Diskurse mit kolo-

4 „(...) kein Nationalismus könnte ohne Heterosexualität überleben (...). Heterosexualität dient immer noch mehr der Unterstützung der Nation als gleichgeschlechtliches Begehren, das sich geradezu zerstörerisch auf den Nationalismus auswirkt, denn Frauen können vermutlich nicht gleichzeitig sich selbst, andere Frauen und die Nation lieben“.



Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela hinterfragt in ihrer Rede die tradierten Bilder der Anderen.

nialer Heteronormativität, die in den Ängsten vor Feminisierung und einer internalisierten Homophobie begründet liegen.

Wenn der Kolonialismus die homophobe Gewalt eingeführt hat, so wurde damit auch der Raum für homosexuelle Utopien im Schatten des Empires eröffnet. So galten noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ‚islamische Länder‘ als ein tolerantes Gegenbeispiel zu den Jahrhunderten religiöser und säkularer Verfolgung von Homosexualität in Europa.

Postkoloniale Theorie – insbesondere im Zusammenhang mit queertheoretischen Auseinandersetzungen – erlaubt damit einen klareren Blick auf Staatlichkeit, Sexualität und Migrationspolitik. *Queer Theory* als auch postkoloniale Theorie weisen Leerstellen auf, die in der Konsequenz soziale Realität in globalisierten postkolonialen Zeiten simplifizieren und bestehende Heteronormativität, so wie auch die rassistische Fundierung von Gesellschaft, missachten. Im Mainstream der deutschen Migrationsforschung wird z.B. „die Migrantin“ in erster Linie als nachziehende Ehefrau wahrgenommen, während „die Lesbe“ immer noch als weiß und deutsch imaginiert wird. Eine Anerkennung des lesbischen postkolonialen Subjekts gerät dagegen

immer wieder in die Falle des Exotismus. Weil das lesbische Subjekt *sui generis* westlich ist, kann die Ausnahme von dieser Regel nur mit entzücktem Erstaunen betrachtet werden. Das lesbische postkoloniale Subjekt gerät damit in eine doppelte Position des Exotischen: Im Herkunftsland als westlich stigmatisiert und im Westen als weder ursprünglich noch westlich auf die Rolle der „Ganz-Anderen“ festgelegt.

Die europäischen Diskurse über ‚Afrikaner/innen‘ machen zudem deutlich, dass die Stereotypen und rassistischen Bilder nicht immer nur funktional zu erklären sind. Denn bevor die massenhafte Versklavung und die koloniale Ausplünderung des Kontinentes begannen, waren rassistische Bilder bereits etabliert, wenn auch ihre Ausarbeitung und skrupellose Instrumentalisierung erst während des Kolonialismus die Ausmaße von Rassismus annahmen.

Der missionarische Eifer begleitete die meisten kolonialen Herrschaften, dabei wurde die Konversion schwarzer Menschen zum Christentum begleitet von der Angst, dass die ‚christliche Reinheit‘ kontaminiert würde. Darüber hinaus sorgten (pseudo-) wissenschaftliche Diskurse für die weitere Stabilisierung rassistischer Bilder und Stereotype. Die zentrale Frage war, ob menschliche Wesen eine einzigartige Spezie darstellen, oder eben nicht. Dies zeigt die Spannung auf, die zwischen den Ideen des Universalismus innerhalb der Aufklärung und deren Forderung nach Gleichheit und der Idee der ‚rassischen Differenzen‘ auftrat, wenn über die Möglichkeit oder eben Unmöglichkeit von Hybridität debattiert wurde. Daraus, dass dabei ganz explizit über Sexualität zwischen ‚Schwarzen‘ und ‚Weißen‘ gesprochen wurde, lässt sich folgern, dass Rassentheorien immer auch versteckte Theorien der Lust waren. Die Rassendiskurse innerhalb der Wissenschaften hatten die bereits vorherrschenden Vorstellungen über ‚Barbarismus‘, ‚Wildheit‘ und ‚exzessiver Sexualität‘ der afrikanischen Bevölkerung nie in Frage gestellt, sondern ganz gegenteilig bestätigt. Im Verlauf der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen wurden die ‚rassischen Charakteristika‘ durch angebliche ‚biologische Differenzen‘ bestimmt. Es begannen Vermessungen des Schädels und des Gehirns, der Gesichtszüge und später auch die Beschreibung der Genstrukturen. Dabei wurde immer wieder auf „beweisbare Zusammenhänge“ zwischen körperlichen und kulturellen Faktoren verwiesen. Letztlich ist es wohl v.a. den wissenschaftlichen Bemühungen zu ‚verdanken‘, dass ‚Wildheit‘ und ‚Zivilisation‘ zu fixen, permanenten und scheinbar unhinterfragbaren Kategorien geraten sind.

Die Körper der so genannten ‚eingeborenen Frauen‘ werden in den Texten der Kolonialherren beschrieben wie die besetzten Länder: Für die Kolonialherren sind sie beängstigend und verlockend zugleich. Zeitgleich mit diesen Vorstellungen entsteht auch der Diskurs um den effeminierten orientalischen Mann, der entweder als homosexuell oder als Lüstling dargestellt wird. Ihm gegenüber steht der virile, ehrenvolle und heldenhafte weiße europäische Mann, der sowohl die *andere* Frau als auch die Europäerin vor den ‚Wilden‘ rettet. Interessanterweise werden häufig alle Frauen – bei allen Unterschieden in der Repräsentation – als Opfer der *anderen* Männer vorgestellt. Gayatri C. Spivak spricht im Falle des Diskurses um die Witwenverbrennung in Indien von „dem weißen Mann der die ‚braune Frau vor dem braunen Mann retten will“. Analog finden wir heute unzählige deutsche Männer, die sich empört zeigen über die Unterdrückung der *anderen* Frauen (Migrantinnen, Türkinnen, Afrikanerinnen etc.). Daneben gibt es die Version der Amazone, die eine Art deviante Weiblichkeit repräsentiert. Sie steht für Promiskuität und Brutalität zugleich. ‚Deviante Sexualität‘ zeigt sich somit verbunden mit rassistisch-markierten Außenseiter/innen, die an für Europäer/innen ‚fernen Orten‘ leben.

Migration, Homophobie und die Notwendigkeit komplexer Analysen

Soweit meine kurzen Ausführungen. Doch zurück zu unserem Ausgangspunkt: Wem nutzt eigentlich die Feststellung, dass Migrant/innen homophob sind? Wer profitiert eigentlich davon? Sind es nicht die, für die es wichtig ist, Europa bzw. Deutschland als ein liberales Land darzustellen? Und warum sprechen so wenige über Prozesse der Subjektformierung, über die verflochtenen Gewaltgeschichten, über die Konsequenzen der Zivilisierungsmission und die historisch tradierten Bilder der Anderen? Die üblichen Bilderwelten klinken sich ein in einen Herrschaftsdiskurs, der bestimmt, wer dazugehört, wer nicht und wer eventuell dazu gehören darf, wenn er/sie sich Mühe gibt. Dass eine ‚gelungene Integration‘ nicht nur von den Mühen und Leistungen der Migrant/innen abhängt, kann auch mithilfe einer Analyse der Repräsentationspolitiken verdeutlicht werden. So geht es bei der Einwanderungsfrage eben nicht wirklich um „Fordern und Fördern“, vielmehr geht es um Möglichkeits- und Verhinderungsräume. Wer gehört dazu?, transportiert auch die Frage: Wem wird zugehört? Wer Migrationsprozesse ernst nimmt, kommt nicht umhin sich mit Repräsentationspolitiken auseinanderzusetzen.

Ohne Zögern kann doch gesagt werden, dass wir in einem homophoben Land leben, in dem Angst einen wichtigen Mobilisierungsfaktor darstellt, der Exklusionssysteme stabilisiert. Niemand wird hier in Frage stellen, dass wir in einem Land leben, in dem Migrant/innen diskriminiert werden und von der Mehrheit oft genug als „Sicherheitsrisiko“ präsentiert werden. Kaum zufällig zeigen die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland von 2005, dass „die ausländische Bevölkerung stärker mit Kriminalität und Terror in Verbindung gebracht“ wird als die deutsche Bevölkerung. Die Aussage, „die Zunahme der ausländischen Bevölkerung begünstigt die Ausbreitung von Kriminalität und Terrorismus“ fand bei 61,8% Zustimmung. Nur 17,8% stimmte an dieser Stelle nicht zu. Ebenso wird von der deutschen Bevölkerung kaum unterstützt, dass Ausländer nach fünf Jahren ein kommunales Wahlrecht haben (nur 37,8% Zustimmung) und dass sie schnell die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können (45,4%). Sie wissen auch, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland eine der schlechtesten für Migrant/innen in Europa ist, wie eine OECD-Studie zeigt. Es ist erheblich schwieriger, Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen, wenn Sie nicht-deutscher Herkunft sind. Es ist viel schwieriger, eine gute Bildung zu erhalten, wenn Sie aus einer Arbeiter/innenfamilie kommen. Rassismus hat direkte Konsequenzen für die rassistisch Markierten. Und Sexualität und rassistische Markierungen sind eng miteinander verflochten. Wir müssen dies, wie auch die Tatsache, dass Migrationsprozesse Effekte zeigen, in die Fragestellungen zu Homophobie und Rassismus miteinbeziehen.

Das alles zeigt v.a., dass wir komplexere soziale Analysen benötigen, bei der Migrant/innen nicht nur zu Forschungsobjekten reduziert werden, sondern sich aktiv an der Wissensproduktion beteiligen.

Warum ist zum Beispiel in der Simon-Studie (Simon 2008) zwar gesagt worden, Diskriminierungserfahrung spielen eventuell eine Rolle, wenn dann nicht mehr darauf eingegangen worden ist? Warum macht man sich nicht die Mühe und versucht zu erfassen, inwieweit Diskriminierungs- und Migrationserfahrung vielleicht doch ein Kriterium sind für eine erhöhte Tendenz zu Homophobie. Wieso macht man es sich so leicht? Forschung sollte eine problematisierende Perspektive einnehmen, Machtanalysen integrieren und historische Kontinuitäten berücksichtigen. Dabei scheint es mir notwendig, dass kulturelle Differenzen, die in der Debatte immer wieder so erscheinen, als seien sie naturgegeben und unverrückbar, hinterfragt werden.

Und schließlich muss gesehen werden, inwieweit die Errungenschaften einer queeren Bewegung staatlicherseits funktionalisiert werden, um Europa erneut als frei, liberal und gewaltfrei zu markieren und auf der anderen Seite Exklusionspraxen voranzutreiben. Solange die *Anderen* als „wirklich homophob“ bezeichnet werden, solange kann Deutschland behaupten, liberal und von Toleranz geprägt zu sein. Doch auch in nächster Zukunft wird es in Deutschland nicht möglich sein, die gleichgeschlechtliche Ehe durchzusetzen oder gar die Zweigeschlechternorm zu durchbrechen. Und machen wir uns nichts vor, eine Gesellschaft, die homophob ist, produziert heterosexistisches Verhalten – und zwar nicht nur auf seiten migrantischer Jugendlicher. Gerade deswegen können wir uns nicht mehr mit einseitigen Studien zufrieden geben. Eine komplexe Situation ruft nach komplexen Analysen, aufwendigen Forschungsdesigns und differenzierten, dekonstruktiven Lesarten, die nicht den Mainstream spiegeln, sondern im Gegenteil denselben herausfordern.

Dr. María do Mar Castro Varela

ist Diplompsychologin, Diplompädagogin und promovierte Politologin. Seit 2007 ist sie Professorin an der Alice Salomon Fachhochschule, wo ihr Schwerpunkte auf Rassismus-, Gender- und Queer-Studien liegt.

Literatur

Alexander, Jacqui (1997): *Erotic Autonomy as a Politics of Decolonization: An Anatomy of Feminist and State Practice in The Bahamas Tourist Economy*. In: Jacqui Alexander/Chandra Talpade Mohanty (Hrsg.): *Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Future*, New York: Routledge, S. 63–100.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: *The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS) 2003–2005*

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld: transcript.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2006): *Das Dilemma der Gerechtigkeit: Migration, Religion und Gender*. In: *Das Argument*, 266, 48. Jg., Heft 3, 2006, S. 427–440.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita: *Queer mobil? Heteronormativität und Migrationsforschung*. In: Helma Lutz (Hrsg.): *Gender Mobil? Vervielfältigung und Enträumlichung von Lebensformen – Transnationale Räume, Migration und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot (in Vorbereitung).

Klauda, Georg (2007): *Mit Islamophobie contra Homophobie?*, URL: <http://www.linksnet.de/de/artikel/20852> (letzter Aufruf 28. 1. 2009)

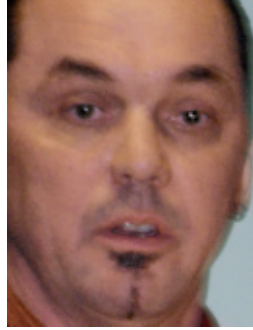
ders. (2008): *Die Vertreibung aus dem Serail. Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt*, Hamburg; Männerschwarm.

McClintock, Anne (1995). *Imperial Leather: Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest*, New York/London: Routledge.

Said, Edward (1978). *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*, Oxford: Vintage.

Simon, Bernd (2008): *Einstellungen zur Homosexualität. Ausprägungen und psychologische Korrelate bei Jugendlichen ohne und Migrationshintergrund*, in: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, Sonderdruck Göttingen 2008

Spivak Gayatri Chakravorty (1996): *The Spivak Reader*. Donna Landry und Gerald MacLean (Hg.), New York/London.



Schwule & Muslime zwischen Homophobie und Islamophobie

Einleitung

Anfang 2007 eskalierte eine Auseinandersetzung zwischen schwulen Aktivist*innen und der, ebenfalls im Hamburger Stadtteil St. Georg ansässigen, Zentrumsmoschee. Ich möchte im Folgenden die Ereignisse nachzeichnen und in einem größeren Zusammenhang die Bedeutungen untersuchen, die diese Art von Konflikten für die jeweiligen Identitätskonstruktionen haben. Ich gehe der Frage nach, welche Funktionen der Diskurs über den Islam und die Homophobie für die Herausbildung einer umkämpften, hegemonialen europäischen Identität einerseits und männlichen Identität andererseits hat.

Es scheint zur Zeit allerdings so, dass die Debatten über Islam und Homosexualität mehr über die Autor*innen sagen, als über den zu diskutierenden Gegenstand selbst. Deswegen möchte ich meinen Vortrag zunächst mit einer Positionsbestimmung beginnen. Wir wissen aus der wissenschaftlichen Forschung, dass der Standpunkt des Sprechers die Perspektive auf das Problem beeinflusst. Als schwuler Mann, der in der Schwulenbewegung der 1980er groß geworden ist und sich mit Zusammenhängen von Sexualität und Herrschaft beschäftigt hat, ist das Ausbilden einer schwulen Identität eine notwendige Phase in der Emanzipation des eigenen Selbst von gesellschaftlichen Zwängen gewesen. Dabei waren oft die durch die Sozialisation internalisierten homophoben Einstellungen das größere Problem, als die tatsächlich Reaktion der Familie und Gesellschaft auf das Outing als Schwuler. Als ich 1989/90 zum Studium nach Istanbul ging, verpasste ich den Fall der Mauer und die damit verbundenen nationalen Erregungszustände. Stattdessen war ich mit der ethnographischen Erkundung der Schwulen- und Transvestitenszene in Istanbul beschäftigt, schrieb meine ersten Arbeiten zur männlichen Identität in der Türkei und entdeckte meine Liebe zur Arabesk-Musik. Das Bild meiner schwulen Identität wurde modifiziert und ich entdeckte, dass die Liebe unter Männern eine Vielzahl von Formen hervorbringt, die den jeweiligen sozialen Kontext reflektieren. So war die Identität als

„Gay“ mehr mit der Zugehörigkeit zu den oberen, eher städtischen Klassen verbunden, während der Transvestitismus eher anatolisch-ländliche Praxis war, die sich in den großen Städten zeigte. Das Problem war dabei nur peripher der Islam, sondern eher die Formen der Männlichkeitskonstruktionen.

Mit dieser Erfahrung in einem Land, in welchem zwar sehr unterschiedliche islamische Alltagspraktiken gelebt wurden, welches sich aber selbst als laizistisch definierte, war mein Kontakt mit dem Islam eher von ethnographischer Neugier als von Angst geprägt. Diese Perspektive auf den Islam unterscheidet mich wahrscheinlich von vielen, die den Islam durch den Migrationsprozess in Deutschland vermittelt oder im Urlaub als romantisierenden Orientalismus erfahren haben. Die Perspektive auf türkische Einwanderer und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen, waren eher bestimmt durch gemeinsame Erfahrung im Prozess des Aufstiegs aus proletarischen in akademische Verhältnisse. Sie waren auch geprägt durch die zwar unterschiedliche, aber im Kern vergleichbare Erfahrung des Verlusts der Heimat der Eltern oder Großeltern. Während im Migrationsprozess der türkischen Einwanderer die Heimat der Vorfahren zwar noch erreichbar war, aber dennoch sehr fern, war sie für meine vertriebenen Großeltern hinter Stacheldraht verschlossen. Meine Rekonstruktion der eigenen nationalen Identität als Deutscher mit tschechisch-italienischem Hintergrund dauerte Jahre der Erforschung dieser oft tabuisierten Welt. Auch die Erfahrung des Aufwachsens in einer Region, die 500 Jahre, bis zum Eintreffen der Vertriebenen, protestantisch geprägt war und durch die Etablierung einer jungen katholischen Gemeinde sich plötzlich wieder mit „Andersgläubigen“ konfrontiert sah, lässt sich mit den jungen muslimischen Gemeinden in Hamburg vergleichen. Letztlich ist da noch die europäische Perspektive, durch die Arbeit im „Europäischen Netz gegen Rassismus“ welche interkulturelle und interreligiöse Kommunikation zum Alltagsgeschäft macht. Somit lässt sich meine Sprechposition als eine beschreiben, die durch multiple Identitäten gekennzeichnet ist, welche bestimmte Aspekte dieser Identitäten situativ hervorbringt.

Bilder des Islams

Die Webseite „Political Incorrect (PI)“¹, die auf den ersten Blick eher links und anti-deutsch daher kommt, aber bei genauerem Hinsehen einem rechten,

sozialrevolutionären Spektrum zu zuordnen ist, trägt die Untertitel: *„News gegen den Mainstream · Proamerikanisch · Proisraelisch · Gegen die Islamisierung Europas · Für Grundgesetz und Menschenrechte“*. Die Leitlinien von PI sehen eine Unterwanderung der deutschen Gesellschaft durch Muslime: *„Es gab einmal eine Zeit, da waren Moslems in Europa eine interessante Farbe und vielleicht auch eine kulturelle Bereicherung. Inzwischen hat sich jedoch in ganz Europa eine islamische Indoktrination und freche Anmaßung breit gemacht. Tausende von Moscheen dienen vor allem diesem Zweck. Mit den Moscheen und ihren Predigern sind auch massive Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsehen und Ehrenmorde zu uns gekommen. Frauen, Juden und „Ungläubige“ werden nicht nur verbal diskriminiert, sondern auch tätlich angegriffen²“*. Unter der Überschrift *„Täterprofil: Männlich, jung, Migrationshintergrund“* wird auch scheinbar Partei für Schwule ergriffen: *„In Berlin häufen sich die Angriffe auf Homosexuelle. Jeder weiß, dass die Täter fast ausnahmslos junge Moslems sind. Aber das darf man ja nicht denken, geschweige denn aussprechen. Genau wie beim wachsenden Antisemitismus durch Islam-Import wird herumgeeiert, um ja nicht die Ursache des Übels benennen zu müssen³“*. In der Logik der Tabubrecher wird hier ein verbreitetes Stereotyp zur Wahrheit erhoben, die angeblich nicht ausgesprochen werden darf, um es dann in der Pose des Non-Konformisten nochmals rauszuposaunen und zu verstärken.

Auch der Kopp-Verlag⁴ bildet ein Forum für solcherart Aufklärer, Experten und Verteidiger westlicher Werte. So wird rhetorisch gefragt, ob der *„Sozialhilfebetrug als vom Islam vorgelebte religiöse Pflichterfüllung?“* zu verstehen ist und Bücher bekannter „Islamkritiker“, wie Hendrik M. Broder oder Udo Ulfkotte beworben. Diese aus dem eher liberalen Spektrum kommenden neuen Populisten sind ein europäisches Phänomen. Pym Fortyn, Ayaan Hirsi Ali, Necla Kelek oder auch der ehemalige Hamburger Justizminister Roger Kusch sind Prototypen dieses neuen europäischen Phänomens. Als Angehörige von Minderheiten, wie Einwanderer oder Schwulen, verstehen sie es das Ressentiment gegen den Islam hoffähig zu machen.

1 <http://www.pi-news.net>

2 <http://www.pi-news.net/leitlinien/>

3 <http://www.pi-news.net/2009/01/taeterprofil-maennlich-jung-migrationshintergrund/>

4 <http://info.kopp-verlag.de/>

Vertraut rechts kommt dagegen „Pro Köln“ mit seinem Anti-Islamkongress daher, der für den 19. September 2008 die europäische Rechte (Front National, Vlams Belange, Lega Nord) nach Köln geladen hatte und dort auf breite Gegenwehr stieß. Der ehemalige CDU Bundestagsabgeordnete Henry Nizsche weist in seinem Grußwort auf diese europäische Dimension hin: *„Die Gefahr der Islamisierung ist kein ausschließlich deutsches, französisches oder belgisches Problem. Es ist ein europäisches. Überall in Europa fordern integrationsunwillige Einwanderer mehr und mehr Zugeständnisse an ihre Religion. Was sie fordern ist Toleranz. Was sie wollen sind islamische Parallelgesellschaften mitten im Herzen unseres christlichen Abendlandes. Parallelgesellschaften in denen geltendes Recht ignoriert und unsere Kultur mit Füßen getreten wird“*⁵.

Aber auch Medien des Mainstream, wie z.B. das Hamburger Abendblatt, präsentieren den Islam in einer merkwürdigen Weise. Dort ist z.B. der Artikel *„Deutsche Richter: Moslem darf Ehefrau verprügeln“*⁶, mit einem Bild unterlegt, welches eine Frau zeigt, deren Kopf in ein Palästinensertuch gehüllt ist und die einen Koran ins Bild streckt. Im Hintergrund weht eine Palästinensere Fahne. Das Bild ist mit *„Eine Familienrichterin in Frankfurt hat einem prügelnden marokkanischen Ehemann ein „Züchtigungsrecht“ zugestanden“* unterteilt. Während der Text berichtet, dass der Mann seiner Frau mit Mord gedroht hat und die Richterin eine Härtefallentscheidung, mit Hinweis auf das in diesem „Kulturkreis“ übliche Vorgehen, abgelehnt hat, zeigt das Bild eher eine militante Aktivistin, der man nicht unbedingt zutraut sich von ihrem Ehemann verprügeln zu lassen. Text und Bild vermitteln gegensätzliche Botschaften.

Auch die Hamburger Morgenpost (Mopo) spielt mit den gegensätzlichen Botschaften von Text und Bild. So titelte sie am 21. 4. 2007 *„Moslems gegen Schwule“*⁷ und bebilderte den Text mit von hinten fotografierten Muslimen, die gerade beten und dem Betrachter die Hintern zu strecken. Der Text selbst berichtet von der Absage eines von den Grünen organisierten Stadtteildialogs zwischen Schwulen und Muslimen, durch die *„Centrum-Moschee“*. Von einer *„imaginaren Trennlinie“* zwischen der schwulen und der muslimischen Welt, die im Hamburger Stadtteil St. Georg neben einander liegen ist die

5 <http://www.kongress.pro-nrw-online.de/content/view/296/204/>.

6 <http://www.abendblatt.de/daten/2007/03/22/710915.html>.

7 http://archiv.mopo.de/archiv/2007/20070421/hamburg/panorama/moslems_gegen_schwule.html.

Rede. „Der Bankkaufmann André H. (33) und der Student Christopher N. (30) haben sie übertreten. Sie sind verheiratet und lieben sich. Allein das unschuldige Händchenhalten in Sichtweite der Centrum-Moschee führt zu einem Menschaufmarsch. Ältere Ladeninhaber und muskelbepackte Türstehertypen in Bomberjacken bauen sich vor ihnen auf, bedrängen die beiden. „Vor einer Moschee haben Schwule nichts zu suchen“, schreien sie. „Wenn die sich geküsst hätten, hätte jeder Einzelne in dieser Straße sie angegriffen“, droht Ahmed Kajhy (18) unverhohlen“, weiss die Mopo zu berichten.“

Stadtteildialog „Schwule & Muslime“

Der Stadtteildialog, auf den sich die Hamburger Morgenpost bezieht und dessen Absage dann auch im Verfassungsschutzbericht Hamburg 2007 als Beleg für eine „religiös begründete Ablehnung von Homosexualität“ genommen wird und „dass religiös begründete Normen im Weltbild auch von IGMG⁸-Funktionären einen höheren Stellenwert haben als die Gleichbehandlungsprinzipien unserer Verfassung“, hat jedoch auch eine Vorgeschichte, die in beiden Texten nicht explizit erwähnt wird. Die Mopo weiß, dass der Vorsitzende der Zentrums-Moschee, die dort „Centrums Moschee“ heisst und dem sie eine verfremdete, jedoch vollständige Version seines Vor- und Zunamen (*Ahmet Jazici*) zuschreibt, den Stadtteildialog beendet hat. Im Verfassungsschutzbericht wird der Vorsitzende der Einfachheit halber gleich zu „YAZICI“, den sie immerhin in richtiger Weise schreibt. Dort sagte er für das BIG (Bündnis islamischer Gemeinden) „seine Teilnahme ab, nachdem deutlich wurde, dass dort auch Übergriffe auf Homosexuelle in St. Georg thematisiert werden sollten“. Ergänzt wird die Recherche des Hamburger Verfassungsschutzes durch weitere Zitate aus der Presse: „Im Zusammenhang mit entsprechenden Vorwürfen bestätigte YAZICI laut Zeitung „Die Welt“, dass Homosexualität im Islam eine Sünde sei. Er betonte aber gleichzeitig, dass dies niemals ein legitimer Grund für die Anwendung von Gewalt sei“.

Was war passiert? 2006 gab es eine Umfrage des Hamburger Schwulenmagazins „Hinnerk“ unter türkisch- und arabischstämmigen Händlern zu ihrem Verhältnis zu Homosexuellen. Die veröffentlichten Antworten überraschten wenig und würden unter deutsch stämmigen Händlern in bestimm-

8 Islamische Gemeinde Milli Görüs

ten Gegenden Hamburgs nicht anders ausfallen. Präsentiert wurde sie als Anstieg homophober Haltungen unter Muslimen. Ende 2006 kam es dann zu einem ersten Stadtteildialog in der Kantine des Hamburger Schauspielhauses. Dort war der Vertreter der Zentrumsmoschee, wie auch die ehemalige Frauenbeauftragte der Schura (Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg), die inzwischen ihr lesbisches Coming-out hatte, und ein schwuler protestantischer Aids-Pfarrer von einem grünen schwulen Bürgerschaftsabgeordneten eingeladen worden, um über das Verhältnis von Islam und Homosexualität zu diskutieren. Diese produktive Diskussion führte zu einer Einladung für das zweite Treffen in der Zentrumsmoschee durch den Vorsitzenden der Moschee. In der Folge gab es dann ein „Kiss-in“ von Schwulenaktivisten in der Moschee, welches von Seiten der Zentrumsmoschee als Affront gewertet wurde und dann die Absage des zweiten Treffens des Stadtteildialogs zur Folge hatte. Diese Vorgeschichte wird in der öffentlichen Diskussion nicht erwähnt. Was bleibt ist ein fahler Beigeschmack von Provokation und Vorverurteilung, welche auf bestehenden Stereotypen über den Islam und Muslime aufbaut.

Islamophobie und Homophobie

Der Begriff der „Islamophobie“ ist umstritten. So wird sie von Sozialwissenschaftlern um Wilhelm Heitmeyer zusammen mit Phänomenen wie Rassismus, Xenophobie oder Antisemitismus zur „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gerechnet und soll eine generelle ablehnende Einstellung gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams ausdrücken⁹. Diese Definition lenkt aber eher den Blick auf randständige Bereiche und reflektiert wenig die Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen Gruppen und deren Diskurse in die sie eingebunden sind. Die brauchbarste Definition liefert der Runnymede Trusts¹⁰ aus England. Dort liegt Islamophobie vor, wenn:

- der Islam als ein monolithischer Block betrachtet wird, der statisch und unempänglich für Veränderungen sei;

9 <http://de.wikipedia.org/wiki/Islamfeindlichkeit#Definitionen>.

10 <http://www.runnymedetrust.org/uploads/publications/pdfs/islamophobia.pdf>.

- er als gesondert und „anders“ gesehen wird, ohne gemeinsame Werte mit anderen Kulturen und ohne von diesen beeinflusst zu sein oder diese zu beeinflussen;
- er als dem Westen unterlegen, barbarisch, irrational und sexistisch konstruiert wird; und
- er ausschließlich als gewaltsam, aggressiv, bedrohlich, terroristisch und kulturkämpferisch wahrgenommen wird.

Auch der Begriff der „Homophobie“ ist umstritten. Aus dem psychoanalytischen Bereich kommend, beschrieb George Weinberg 1969 damit *„eine Furcht vor Homosexuellen, welche mit einer Furcht vor Verseuchung verbunden zu sein schien, einer Furcht davor, die Dinge, für die man kämpfte – Heim und Familie – abzuwerten. Es war eine religiöse Furcht und es hatte zu großer Unmenschlichkeit geführt, wie es die Furcht immer macht“*¹¹.

Problematisch in beiden Definitionen ist der Verweis auf eine quasi „natürliche“ Angst (Phobie) vor dem Islam oder der Homosexualität, dabei findet man islamophobe und homophobe Grundhaltungen nicht nur an den Rändern der Gesellschaft bei pathologischen Individuen sondern auch in der Mitte, vor allem bei Medien und in der Wissenschaft.

Ohne näher auf die zugrunde liegende wissenschaftsmethodologische Kritik dieser Art von quantitativen Studien einzugehen, möchte ich zwei Beispiele aus der Wissenschaft und Forschung erwähnen, die problematische Ergebnisse zum Islam und zur Homosexualität liefern, weil der Interpretationsrahmen, in dem sie sich bewegen selbst schon mit Stereotypen operiert:

- Die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene Studie *„Muslime in Deutschland“*¹² versucht mit quantitativen und qualitativen Methoden *„Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt“* zu untersuchen. Dazu nutzt sie *„Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen“*. Problema-

¹¹ George Weinberg: im Interview mit Gregory M. Herek am 30. Oktober 1998.

¹² Brettfeld & Wetzels 2007, http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/Muslime_20in_20Deutschland,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Muslime%20in%20Deutschland.pdf

tisch ist die Studie in den quantitativen Bereichen in denen auf empirisch dünner Grundlage Einstellungen abgefragt werden. So wird z.B. die „Abwertung christlich/westlicher Gesellschaften“ mit zwei Fragen operationalisiert, nämlich *„In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern“* und *„Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen“*. Diese rhetorisch geschlossenen Fragen sollen diese „Abwertung“ messen. Jemand der weiß, was eine sozial angemessene Antwort auf diese Frage ist, wird nie in den Verdacht kommen „christlich/westliche“ Gesellschaften abzuwerten und damit als Fundamentalist zu gelten. Ebenso problematisch ist hier die Gleichsetzung von „christlich“ mit „westlich“. In den Abschnitten, in denen die Studie qualitativ verfährt und sich auf die durchgeführten Gruppeninterviews bezieht, werden interessante Zusammenhänge deutlich, die aber komplexere Formen der Theoriebildung notwendig machen.

- Als zweites Beispiel möchte ich eine Studie zur Homosexuellenfeindlichkeit¹³ und deren Rezeption nennen. Unter dem Titel „Simon-Studie“ erreichte sie hohe Aufmerksamkeit. Interessanterweise wurde zu Anfang nicht die Studie selbst breit rezipiert, sondern eine vom Interessenverband LSVD¹⁴ erstellte Zusammenfassung¹⁵. Wenn man davon ausgeht, dass die Studie selbst methodisch korrekt durchgeführt wurde, ergibt sich ein doppeltes hermeneutisches, d.h. die Deutung der Ergebnisse betreffendes Problem. Erstens, das im obigen Beispiel schon genannte immanente Problem quantitativer Forschung, nämlich in welchem theoretischen Bezugsrahmen werden die erhobenen Zahlen interpretiert. Und zweitens, aus diesen Interpretationen werden durch Interessengruppen fragwürdige Schlüsse gezogen. Die folgende Tabelle soll dies verdeutlichen. Sie zeigt die prozentuale Zustimmung zu Statements für männliche und weibliche Befragte aus der Gruppe der „Deutschen“, Jugendlichen aus der „ehemaligen UdSSR“ und aus der „Türkei“:

13 Simon, Bernd (2008): Einstellungen zur Homosexualität. Ausprägungen und psychologische Korrelate bei Jugendlichen ohne und mit Migrationshintergrund (ehemalige UdSSR und Türkei), Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 40 (2), Hogrefe Verlag Göttingen 2008, 87–99.

14 Lesben- und Schwulenverband Deutschland.

15 <http://typo3.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Homosexualitaet/Simon-Studie.pdf>

Zustimmung zur Aussage:	Geschlecht	deutsch	ehem. UdSSR	türkisch
„Wenn sich zwei schwule Männer auf der Straße küssen, finde ich das abstoßend“	männl.	47,7%	75,8%	78,9%
	weibl.	10,2%	63,5%	59,6%
„Wenn sich zwei lesbische Frauen auf der Straße küssen, finde ich das abstoßend“	männl.	12,3%	25,6%	43,8%
	weibl.	10,2%	58,9%	59,6%
„Wenn ich wüsste, dass mein Nachbar schwul ist, würde ich lieber keinen Kontakt zu ihm haben“	männl.	16,1%	36,7%	49,5%
	weibl.	0,4%	6,5%	21,1%
„Wenn ich ein Kind hätte, das schwul oder lesbisch ist, hätte ich das Gefühl, in der Erziehung etwas falsch gemacht zu haben“	männl.	26,9%	50,6%	69,8%
	weibl.	5,7%	44,0%	59,2%
„Schwule und Lesben sollten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Männer und Frauen“	männl.	73,9%	46,6%	37,5%
	weibl.	91,1%	57,6%	55,6%

Quelle: Aus der Zusammenfassung der Simon-Studie des LSVD, Tabelle 1

Deutlich wird hier, dass quer durch alle Fragen hindurch die als „türkisch“ klassifizierten den negativen Statements vermehrt zustimmen, gefolgt von den aus der „ehem. UdSSR“ kommenden und in der Kategorie „deutsch“ stimmen am wenigsten zu. Dies gilt für männliche und weibliche Befragte. Um das komplexe Zahlenwerk dieser quantitativen Untersuchung für eine Nicht-Fachöffentlichkeit verständlich zu machen, wurden einige „Übersetzungen“ durchgeführt. Die Werte des Originals wurden z.B. in Prozentwerte übersetzt. Damit geht viel Informationsgehalt verloren, z. B. wie viel der befragten Personen als Türkisch oder Deutsch klassifiziert wurden, wie viele überhaupt

die jeweilige Frage beantworteten und wie viele dann letztendlich der Formulierung zustimmten. Auch gehen in der Rezeption die Unterschiede zwischen „Türken“, „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ und „Deutsche“ durcheinander. „Türke“ und „Migrationshintergrund“ wird synonym, während „Deutsche“ automatisch ohne Migrationshintergrund gedacht werden. Um nicht falsch verstanden zu werden, die Kritik richtet sich nicht gegen das Ergebnis als solches, welches sicherlich im Rahmen der quantitativen Logik ordentlich dargestellt wurde. Sie richtet sich gegen die Deutung der Ergebnisse insbesondere von einigen Interessengruppen. So werden als mögliche Ursachen homosexuellenfeindlicher Einstellungen aus der Veröffentlichung des LSVDs dazu genannt:

- **Religiosität:** „Der Zusammenhang von Religiosität und Homosexuellenfeindlichkeit ist bei türkischstämmigen Schülern am stärksten ausgeprägt. Je religiöser sie sind, desto homosexuellenfeindlicher sind sie. Auch bei den Russischstämmigen zeigen sich solche Zusammenhänge, wenn auch weniger stark. Bei den deutschen Schülern dagegen kaum“.
- **Akzeptanz traditioneller Männlichkeitsnormen:** „Die Akzeptanz traditioneller Männlichkeitsnormen ist bei allen Befragten mit Homosexuellenfeindlichkeit verbunden – bei Schülern ohne Migrationshintergrund sogar besonders deutlich. Je mehr traditionelle Männlichkeitsbilder akzeptiert werden, desto stärker ist die Ablehnung Homosexueller“.
- **Bildungsgrad des Elternhauses:** „Auch türkischstämmige und russischstämmige Schüler aus Akademikerhaushalten sind homosexuellenfeindlicher als solche ohne Migrationshintergrund“.
- **Integration und Diskriminierungswahrnehmungen:** „Bei türkeistämmigen Schülern ist das Gefühl der persönlichen Integration ein wichtiger Faktor: je integrierter sie sich fühlen, desto weniger homosexuellenfeindlich sind sie. Bei den russischstämmigen Schülern sind es dagegen Diskriminierungswahrnehmungen, die mit Homosexuellenfeindlichkeit korrespondieren: je mehr sie sich diskriminiert fühlen, desto homosexuellenfeindlicher sind sie“.
- **Kontakte zu Schwulen und Lesben:** „Kontakte zu Schwulen und Lesben scheinen einen Einfluss zu haben auf Homosexuellenfeindlichkeit: Je mehr Kontakte bestehen, desto weniger homosexuellenfeindlich sind die Schüler“.

In den ethnisierenden Interpretationen der Kategorien „deutsch“, „ehem. UdSSR“ und „türkisch“ bilden sich auch Schicht- und Klassenverhältnisse ab. Ohne auf die Frage der Relevanz und der besonderen Bedeutung von „Religiosität“ im Kontext des Islams im Vergleich zur verweltlichten protestantischen Ethik an dieser Stelle einzugehen, ließe sich dieser Befund auch für Angehörige einer weißen Arbeiterschicht beschreiben. Paul Willis hat in seiner ethnographischen Studie „Learning to Labour“ (Willis, Paul, 1981a: Learning to Labor. How working class kids get working class jobs, New York) aus den 1970ern genau jene „Lads¹⁶“ beschrieben, die traditionelle Männlichkeitsnormen reproduzieren, deren Eltern einen niedrigen Bildungsgrad haben und die extrem frauenfeindlich, rassistisch und homophob waren. Dieser Befund legt eher die Vermutung nahe, dass wir es hier mit bestimmten Männlichkeiten zu tun haben, die spezifischen Segmenten der Arbeiterklasse zuzuordnen sind und die selbst von Ethnisierungs- und Diskriminierungserfahrungen betroffen sind und diese Erfahrungen eben nicht in mittelschichtsspezifischer Weise bearbeiten.

Islamophobe und homophobe Identitäten

Die hier vorgetragene Kritik richtet sich zum einen gegen einfache ethnisierende Beschreibungen komplexer sozialer Interaktionen, zum anderen gegen eine Identitätspolitik, die binäre Identitäten formuliert. Weder ist jemand ausschließlich Türke und damit Muslim noch ausschließlich schwul. Die strikte Zweigliedrigkeit der Geschlechter, also dass es nur Mann und Frau gibt, muss ebenso in Frage gestellt werden, wie es z.B. die Queer Theory tut, wie auch das eindimensionale Bild des Muslim. Geschlecht, wie auch Religion ist eine wirkungsmächtige soziale Konstruktion, die sozio-kulturell sehr unterschiedliche Ausprägungen und Formen annehmen kann. In diesem Sinne gibt es keine Essenz des Geschlechts oder der Religion, sondern nur deren Interpretationen durch symbolische Interaktionen. Wenn es aber keine Essenz, kein Wesen von Subjekten gibt, dann gibt es auch nicht die typische Lesbe bzw. den typischen Schwulen, noch den typischen muslimischen Jugendlichen. In den Blick kommen so unterschiedliche Formen, wie Männlichkeit und Weiblichkeit gelebt wird. Forschung zu Homophobie und homophobem Verhalten

16 (engl.) Lad = Bube, Steppke. Gemeint sind „Kerle“, die eine aggressive Männlichkeit darstellen, im Englischen auch als „Lad-Culture“ bezeichnet.

muss dann im Gesamtkontext der Produktion von sehr unterschiedlichen, sich gegenseitig bedingenden Männlichkeiten untersucht werden. Männlichkeitskonstruktionen sind auch als Reaktion auf sozialen Ausschluss zu verstehen. Dies gilt auch für die Islamophobie, die ohne ein Verständnis des europäischen Antisemitismus und dessen Rolle für die Ausbildung nationaler Identitäten nicht verstanden werden kann. Was die Homophobie für die Herstellung einer hegemonialen Männlichkeit ist, ist die Islamophobie für die Herstellung einer hegemonialen europäischen Identität. Somit lassen sich die Funktionen von Islamophobie und Homophobie für die Identitätsbildung genauer fassen.

In Abgrenzung zum Islam kann:

- Europäische Identität bestimmt werden
- Rationalität und Aufklärung demonstriert werden
- Die Verantwortung für gesellschaftliche Fehlentwicklungen dem Islam zugewiesen werden.
- Man sich von der eigenen Verantwortung entlasten.

In Abgrenzung zu Homosexuellen kann:

- männliche Identität hergestellt werden.
- Rebellion gegen Werte der Mittelklasse demonstriert werden.
- Die Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Fehlentwicklungen dem „Unmännlichen“ und „Weiblichen“ zugeschrieben werden.
- Man kann sich auch hier von der eigenen Verantwortung entlasten.

Männlichkeiten

Es gibt eine begrenzte Forschung zu Männlichkeiten in Deutschland. Eine Differenzlinie zwischen ost- und west-deutschen Männlichkeiten wird diskutiert, die ostdeutsche ist dabei eher proletarisch-kleinbürgerlich geprägt, während sich die westdeutsche Männlichkeit an der modernen Mittelklasse orientiert. Im englischsprachigen Raum wird die Forschung zur Männlichkeit viel intensiver betrieben, vor allem an Schulen. Dort ist eine Vielzahl von Männlichkeiten in Untersuchungen festgestellt worden: Es ist die Rede von „Protest-Männlichkeiten“, „sportlichen“, „akademischen“, „spirituell verbundenen“, „verpflichtenden Männlichkeiten“, „hyperheterosexuellen“, „personalisierten“, „unter-



Dr. Andreas Hieronymus fordert die Anerkennung des Anderen durch die Abkehr von einer Identitätspolitik und die Hinwendung zu einer menschenrechtsorientierten Antidiskriminierungspolitik.

geordneten“ oder „Wimp“-Männlichkeiten¹⁷. Wichtige Forschungsarbeiten untersuchen dabei den Zusammenhang von Männlichkeit und Marginalisierung. Dabei wurde festgestellt, dass die etablierte Ordnung aggressive Formen der Männlichkeit verstärkt. Es geschieht dabei eine unreflektierte Reproduktion des kulturell vorherrschenden Verständnisses von Männlichkeit, und Jungen sind selbst auch Opfer solcher patriarchalen Institutionen. Mobbing, Belästigung und Missbrauch beschädigt nicht nur Mädchen, sondern ebenso marginalisierte Jungen (Homosexuelle, Behinderte, Asthmatiker, effemierte heterosexuelle Jungen, aber im englischen Kontext auch einige schwarze Jungen). Der sexistische Machtdiskurs wird von den Jungen zur Erreichung höherer Positionen innerhalb der Gruppe genutzt und als Effekt wird eine vorherrschende weiße, männliche, englische Identität dadurch bestätigt.

¹⁷ (engl.) wimp = Schwächling: Damit werden in der Forschung Männlichkeiten bezeichnet, die sich in Interaktionen den stärkeren Männlichkeiten unterordnen.

Hinzu kommt in letzter Zeit eine „ethnifizierte Markenidentität“, in der „ready-made“-Vorstellungen von Kultur lebensweltlich übernommen werden. Die idealisierte schwarze Männlichkeit (die sogenannte „coole“ Pose) wie sie in der Pop-Kultur und der Werbung vorkommt, spielt im Alltagsleben eine immer wichtigere Rolle. Diese Art der Männlichkeit ist für die meisten weißen und asiatischen Jungen unerreichbar. Interessanterweise werden asiatische Jungen in diesem Kontext von weißen wie schwarzen Jungen als nicht richtig männlich wahrgenommen. Diesen drohenden sozialen Ausschluss bewältigen Jungen dadurch, dass sie permanent mit ihrer sozialen Positionierung beschäftigt sind. Somit gibt es eine Wechselwirkung von Selbstkonstruktionen ethnisierter Jungen und Fremdkonstruktionen durch das sie umgebenden Umfeld. Deutlich wird, dass alle daran beteiligt sind, diese unterschiedlichen Formen von Männlichkeiten mit herzustellen. Die schwarzen Jungen müssen die ihnen von Weißen zugeschriebene „coole“ Pose“ aufrecht erhalten und Weiße nehmen sie im Gegenzug als „fremd“ und „hart“ wahr. Festgestellt wurde auch, dass „rassifizierende“ Konstruktionen als Ressource dienen, um Männlichkeit durch Rebellion oder Konformität zu produzieren¹⁸. Dieser Zusammenhang müsste auch im deutschen Kontext der Jugend in der Einwanderungsgesellschaft näher untersucht werden, um die Rolle die homophobes Verhalten für bestimmte Männlichkeitskonstruktionen spielt, in den Blick zu bekommen. Die Frage ist, ob dies auch so für die angeblich muslimischen Männlichkeiten zutrifft.

Was tun?

Zunächst muss einmal zur Kenntnis genommen werden, dass es eine tiefe Entfremdung zwischen eingewanderter und eingeborener Bevölkerung gibt. Besonders Muslime werden als Fremde wahrgenommen und fühlen sich deswegen als Fremde. Folgende Zahlen aus der Studie „Muslime in Hamburg¹⁹“ machen dies deutlich.

- Nur 13% der Muslime in Hamburg denken, sie werden als Deutsche wahrgenommen.
- 31% wollen aber als Deutsche wahrgenommen werden.
- 52% haben dagegen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland.

18 Frosh, Stephen; Phoenix, Ann & Rob Pattman (2002): Young Masculinities. New York, Palgrave.

19 Hieronymus, 2008: Muslims in Hamburg, OSI-Studie "Muslims in European Cities", Typoskript



Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellen immer wieder Rückfragen.

Diese Zahlen belegen zwar ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, welches sich aber nicht in der Wahrnehmung der Muslime durch Nicht-Muslime widerspiegelt. Das Problem liegt darin, dass die Wahrnehmung durch die Mehrheit und die Selbstwahrnehmung der Muslime entfremdet ist. Die stereotypisierte Wahrnehmung produziert Außenseiter, die zwar ein starkes Gefühl für Heimat entwickeln, denen aber diese Heimat nicht zugestanden wird. Diese Entfremdung produziert unterscheidbare Gruppen, die ihre Unterschiede betonen, weil sie den Verlust ihrer Identität befürchten. Besonders relevant ist dies unter Jugendlichen, bei denen ethno-nationale Konkurrenz dominiert. „Deutsch-sein“ wird als Ethnizität mit bestimmten Merkmalen angesehen („idealisierte Deutsche“: hell, groß, moderne Kleidung) und nicht als republikanische Zugehörigkeit. Die Vielfalt des gelebten Deutsch-Seins, welches Eingewanderte mit einschließt, entwickelt sich langsam. Muslime artikulieren diese andere Art „Deutsch-Sein“ zu leben und wollen als muslimische Staatsbürger anerkannt werden.

Die Vorstellung, dass Muslime homophober sind als andere Gruppen, ist zu problematisieren und es muss nach der Funktion dieser Vorstellung für die

Mobilisierung von Angst und für die Stabilisierung des Ausschlusses von Muslimen gefragt werden. Dazu bedarf es einer komplexeren Analyse und einer Forschungsmethodologie, welche die Muslime nicht nur zu Objekten der Forschung macht, sondern sie als Subjekte mit einbezieht. Kritische Forschung muss solch eine problematisierende Perspektive annehmen, um sich nicht in den Fallstricken Stereotypen verstärkender Theoriebildung zu verfangen.

Erst die Anerkennung des Anderen durch die Abkehr von einer Identitätspolitik, die unterscheidbare, sich abstrakt gegenüberstehende Gruppen konstruiert und die Hinwendung zu einem menschenrechtsorientierten horizontalen Antidiskriminierungsansatz, der die Würde aller achtet, die eigene Position kritisch reflektiert und das Anders-sein als schwuler Muslim, muslimischer Schwuler oder deutscher Muslim anerkennt und respektiert, ermöglicht einen gemeinsamen Dialog, der die unterschiedlichen Formen von Männlichkeiten so bearbeiten kann, dass sie nicht mehr durch gewaltförmige Ausgrenzung und Abschiebung gekennzeichnet sein müssen.

Dr. Andreas Hieronymus

ist Geschäftsführer des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung in Hamburg und Vorstand im Europäischen Netz gegen Rassismus (ENAR) in Brüssel. Er hat in Freiburg, Hamburg und Istanbul Soziologie studiert. Zurzeit führt er im Rahmen der Studie „Muslime in Städten der EU“ für die Open Society Initiative (OSI) die Untersuchung in Hamburg durch.



Sichtbar sein!

Eine Strategie gegen Homophobie in Migrant/innen-Communities

Als erstes möchte ich Ihnen für diese Gelegenheit danken, über die Bekämpfung der Homophobie in ethnischen und orthodoxen religiösen Umfeldern zu sprechen. Bevor ich zum Thema komme, möchte ich Ihnen ein paar Informationen über die historischen Perspektiven der lesbisch-schwulen Community in Holland geben.

Die niederländische Schwulenbewegung COC Netherlands wurde 1946 gegründet. Sie begann aber schon 1940, als eine Zeitschrift namens Levensrecht (Lebensrecht) auf Betreiben der nationalsozialistischen Besatzung nach der ersten Ausgabe wieder eingestellt werden musste. 1945 konnte die Zeitschrift wieder erscheinen. Schon sehr bald wollten ihre Leser sich treffen, und im Dezember 1946 taten sie das auch. Natürlich fanden diese Treffen nicht offen statt – die ersten Treffen wurden Shakespeare Club genannt, der Name COC wurde erst ca. 1 Jahr später gebräuchlich – um den wahren Zweck dieser Zusammenkünfte zu verbergen. Erinnern Sie sich: Es gab noch die diskriminierenden Gesetze über das Einwilligungsalter. Allmählich entwickelte sich der COC zu einer gesellschaftlichen und politischen Kraft mit dem Ziel der Abschaffung diskriminierender Gesetze und Praktiken – das war der Schwerpunkt der Organisation in den ersten 30 Jahren ihrer Existenz, der jetzt als „erste Phase der Schwulenemanzipation“ bezeichneten Zeit. 1971 wurde mit der Angleichung des Einwilligungsalters für Homo- und Heterosexuelle das diskriminierende Einwilligungsalter abgeschafft. Diese wichtige Änderung kann als Meilenstein angesehen werden, der den Eintritt in die zweite Phase der Schwulenemanzipation in Holland markierte. Schwerpunkt des Kampfes war jetzt die Herstellung gleicher Rechte. Weitere dreißig Jahre später, am 1. April 2001, heirateten die ersten gleichgeschlechtlichen Paare in Amsterdam. Was immer als unerreichbarer Traum betrachtet worden war, war nun wahr geworden, ein neuer Horizont des Glücks und der Hoffnung für schwule Männer und lesbische Frauen auf der ganzen Welt. Und es hatte Auswirkungen auf die Schwulenemanzipation auf der ganzen Welt – die Heirat gleichgeschlechtlicher Partner ist zu einem wichtigen niederländischen

Markenzeichen geworden; sie ist das bei weitem erfolgreichste niederländische Exportprodukt. Darauf bin ich stolz, aber ich muss auch sagen, dass unser Stolz uns unvorsichtig gemacht hat.

Erfolg ist immer mit Rückschlägen verbunden. Das haben wir in den folgenden Jahren gesehen. Es gab das allgemeine Gefühl, der Kampf für die Schwulenemanzipation sei im Wesentlichen überstanden. An erster Stelle dachte man das in der lesbisch-schwulen Community selbst. Wir feierten und ruhten uns selig auf unseren Lorbeeren aus... Zweitens gab es eine ähnliche Reaktion von der Gesellschaft insgesamt, die im Grunde genommen feststellte: „Wir erlauben euch jetzt zu heiraten, was wollt ihr mehr? Fangt endlich an, euch normal zu verhalten, denn wir akzeptieren euch jetzt“ – und damit kam die Schwulenemanzipation zum kompletten Stillstand.

Neben dem Kontext der Schwulenemanzipation möchte ich Ihnen auch den politischen Kontext in den Niederlanden schildern. Mitte der 90er Jahre wurde Holland zum ersten Mal nach fast sieben Jahrzehnten von einer Koalition ohne Christdemokraten regiert – von einer „Lila Koalition“ aus Sozialdemokraten, Liberalen und Sozialliberalen. Dadurch wurde die Ehe gleichgeschlechtlicher Partner möglich – eine Mehrheit in der Gesellschaft hatte sich seit Mitte der 80er Jahre für eine Art Beziehungsrecht für Homosexuelle ausgesprochen, aber die Christdemokraten waren immer in der Lage gewesen, das zu blockieren. Die „Lila Koalition“ dauerte allerdings nicht lange – es gab Spannungen in unserer Gesellschaft, die von dieser bemerkenswerten Koalition ignoriert wurden. Ohne dass unsere politische Elite es bemerkte, verbreitete sich in der Gesellschaft ein Gefühl des Unbehagens.

Der einzige, der dies zu bemerken schien, war Frits Bolkestein, der Vorsitzende der Liberalen Partei VVD. Er legte eine neue politische Agenda fest und sprach über ethnische Minderheiten und den Islam im Kontext der niederländischen Gesellschaft. Er hatte hauptsächlich zwei Botschaften. Die Integration funktioniert nicht, und deshalb entsteht in der Gesellschaft eine „Unterklasse“ ethnischer Minderheiten mit dem Risiko von Armut, sozialer Ausgrenzung und Spannungen – sprich Kriminalität. Der Islam wurde von ihm als Bedrohung der in diesem Land seit Jahrzehnten geltenden kulturellen Werte betrachtet – darunter die Gleichberechtigung für Frauen und für Homosexuelle. Seine politischen Pläne und Ideen wurde von der politischen Elite und den Medien abgelehnt, obwohl immer mehr Menschen in Holland Kontakt zu diesen Ideen suchten. Zum ersten Mal in der Geschichte hatte die

Liberalen Partei die Chance, die größte Partei Hollands zu werden. Als Bolkestein jedoch als Parteivorsitzender zurücktrat, wählte sein Nachfolger den Weg des multikulturellen Relativismus und verlor die Unterstützung der Bevölkerung. Aber keine Partei der „Lila Koalition“ spürte die Abnahme der Unterstützung. Wegen des Fehlens einer politischen Alternative zeigte sie sich auch nicht in den Umfragen. Nicht vor 2001, und dann kam eine Lawine namens Pim Fortuyn.

Pim Fortuyn stellte unsere politische Landschaft fast allein völlig auf den Kopf. Die politische Bewegung dieses politischen Außenseiters hatte einen in der niederländischen Politik beispiellosen Erfolg. Innerhalb von weniger als einem Jahr war er so weit, dass er höchstwahrscheinlich die nationalen Wahlen gewonnen hätte. Sein wichtigstes Thema: die fehlende Integration ethnischer Minderheiten in der Gesellschaft wegen des Multikulturalismus und der wachsenden Einflüsse des Islam auf die Gesellschaft. Eine Botschaft, die wegen 9/11 noch Auftrieb erhielt – die Welt hatte sich verändert, und der charismatische Pim Fortuyn, der offen schwul war und mit seinen Power-Anzügen, seinem Butler, seinen kleinen Hunden und seinem Jaguar über ein extravagantes Auftreten verfügte, wurde der niederländische Sprecher für eine Veränderung, die notwendig war, was aber von den alten Parteien nicht so gesehen wurde. Pim Fortuyn war in der Lage, die Unsicherheitsgefühle vieler Niederländer bezüglich ihrer Zukunft und der Veränderungen im Lande anzusprechen. So war der totale Schock der Menschen im Lande nicht überraschend, als er eine Woche vor den nationalen Wahlen von einem Umweltaktivisten umgebracht wurde.

In den folgenden Jahren wurden neue politische Parteien gegründet, und zur Zeit ist es wahrscheinlich, dass die Freiheitspartei von Geert Wilders mit ihrer starken anti-islamischen politischen Agenda bleiben wird.

Was wir hier sehen können, ist vor allem die Veränderung, die die Gesellschaft spürt, wenn sie die islamischen Einflüsse sieht. Es erhebt sich aber die Frage, wie rational oder irrational das Gefühl der Veränderung, oder vielleicht sollte ich sagen der Angst, in der Gesellschaft ist.

Fast genau zur gleichen Zeit, als die lesbisch-schwule Community nach der Einführung der Heirat für gleichgeschlechtliche Paare in einer rosa Wolke der Glückseligkeit und Freude schwebte, breitete sich über ihr eine dunkle Decke der Besorgnis, Unsicherheit und sogar des Unbehagens angesichts des Lebens als Schwule oder Lesben in der niederländischen Gesell-

schaft aus. Die Eheschließungen begannen im April 2001, und das erste starke Signal kam bereits im Mai 2001, als der Imam Khalil el-Moummni im niederländischen Fernsehen sagte, Homosexuelle seien eine infektiöse Krankheit, vor der seine Gemeinde sich schützen sollte, um sich nicht anzustecken, und weitere hässliche Vergleiche. Wegen dieser Bemerkungen wurde er vor Gericht gestellt, aber El-Moummni wurde aufgrund der Rede- und Religionsfreiheit freigesprochen. Und natürlich wurde gesagt, seine Bemerkungen in arabischer Sprache seien „falsch übersetzt“ worden. Aber der Schaden war angerichtet.

Das zweite Signal kam 2004, als bekannt wurde, dass das Buch *The Path for Muslims (der Pfad für Moslems)* in radikalen Moscheen verteilt wurde. In diesem Buch steht, dass Schwule umgebracht werden sollen, indem man sie von Hochhäusern herunterwirft. Der Schock war noch größer, als der Staatsanwalt der Niederlande entschied, den Fall nicht vor Gericht zu bringen. Zwar wurde anerkannt, dass der Text in dem Buch beleidigend und sogar bedrohlich für Schwule ist, aber da er auf religiösen Texten basierte, sollte er als Teil der Religionsfreiheit erlaubt sein.

So, wo sind wir im Jahre 2005? Wir haben ein Land, das wegen seiner Identität mit sich selbst kämpft und mit Problemen zu tun hat, die die Integration der ethnischen Minderheiten und ihrer kulturellen und religiösen Werte betreffen. Wir haben ein Land, in dem die ethnischen Minderheiten, meist Nachkommen der ursprünglichen „Gastarbeiter“ aus Ländern wie der Türkei und Marokko, hier bleiben wollen und sich relativ stark vermehren – vor allem in den größeren niederländischen Städten. Sie spüren eine wachsende Feindseligkeit und kämpfen um ihre Position in der Gesellschaft. Und der Konflikt hat in Wirklichkeit damit zu tun, wie wir als niederländische Gesellschaft miteinander leben sollten und was wir von einander erwarten. Die klassischen niederländischen Werte und unsere gemeinsame Geschichte werden für die einheimische Bevölkerung immer wichtiger. Eine für ihre Toleranz, Offenheit und ihren internationalen Charakter bekannte Gesellschaft zieht sich auf sich selbst zurück – wohlgermerkt im Zeitalter der Globalisierung.

Vom orthodoxen islamischen oder traditionellen ethnischen Standpunkt aus ist Homosexualität etwas unbedingt Abzulehnendes. Gleichzeitig bezieht die niederländische Gesellschaft als Ganzes dazu auch nicht klar Stellung. Sie lehnt Homosexualität nicht ab, aber sie sagt im Grunde: verhaltet euch normal, verhaltet euch so wie wir, verhaltet euch wie Heterosexuelle. Des-



Frank van Dalen betont in seiner Rede, dass die Sichtbarkeit der Homosexualität im niederländischen Alltag die wichtigste Strategie für einen Dialog innerhalb der Einwanderungsgesellschaft ist.

halb überrascht es nicht, dass angesichts einer solchen Situation in den Jahren 2004/2005 das Gefühl des Unbehagens innerhalb der lesbisch-schwulen Community einen Höhepunkt erreichte. Dieses Gefühl verstärkte sich noch durch eine wachsende Zahl von Gewaltvorfällen und Bedrohungen sowohl durch ethnische als auch durch einheimische Bürger, ohne ernsthafte Strafverfolgung oder schützendes Verhalten der Polizei, der Behörden oder der Mitbürger. Es fühlt sich so an: „Wir sind bedroht, und wir sind auf uns allein gestellt“.

Eine kleine Minderheit, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte viel zu verlieren hatte, wohlgemerkt, keine Bürger 2. Klasse mehr – zumindest offiziell –, hingegen nun ein Schlachtfeld für einen kulturellen Clash innerhalb unserer Gesellschaft. Das Ergebnis war ein Anstieg der Islamophobie vor allem unter schwulen Männern, die meist die Opfer dieser Gewalt waren – oder erwarteten, dies zu sein. Sie unterstützten die politischen Gruppen, die dieselben ethnischen und muslimischen Gruppen angriffen, die die Schwulen angriffen. Verständlich, aber ein Anlass zu großer Besorgnis für den COC, weil wir auch

die Verantwortung für Schwule und Lesben innerhalb ethnischer und religiöser Minderheiten haben. Als Minderheit haben wir wenig zu gewinnen, wenn wir als politisches Werkzeug gegen eine andere Minderheit benutzt werden. Und wenn dies geschieht, sind Schwule und Lesben innerhalb dieser Minderheit immer weniger dazu bereit, sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen.

Im Januar 2006 kam die Reaktion vom COC. Nach der ersten Phase der Bekämpfung diskriminierender Gesetze, gefolgt von der zweiten Phase der Erreichung der Gleichberechtigung wurde nun die dritte Phase der Schwulenenemanzipation eingeleitet. Hauptziel dieser dritten Phase war es, eine gesellschaftliche Akzeptanz der Homosexualität zu erreichen. Die rechtliche Gleichstellung ist eine Vorbedingung für die gesellschaftliche Akzeptanz, aber wie mein Vorgänger Benno Premsele einmal sagte, ist es „leichter, Gesetze zu ändern als die Einstellung der Menschen“. Im wesentlichen ist das unser Fokus – die Einstellung der Menschen zu verändern. Wir wollen die Gesellschaft als Ganzes verändern, damit sie anerkennt, dass Homosexualität ein untrennbarer Teil der Gesellschaft und auch Teil des Lebens und der Werte aller ist. Sie ist es wert, geschützt zu werden, sie ist erstrebenswert, weil eine Gesellschaft, in der Homosexuelle frei leben können, eine Gesellschaft ist, die die Vielfalt im allgemeinen anerkennt.

Also sagten wir im Januar 2006, dass wir den Schutz, ja die liebevolle Aufnahme durch die Gesellschaft als Ganzes, rückhaltlos und bedingungslos, wollten. Das war die neue Mission der Schwulenbewegung in Holland als Reaktion auf das vorhandene Gefühl des Unbehagens.

Das Programm war ehrgeizig:

1. Wir wollten eine moralische Führung der niederländischen Regierung.
2. Wir wollten einen Masterplan für den Aufbau der gesellschaftlichen Akzeptanz.
3. Wir wollten Initiativen in den entscheidenden Bereichen der Gesellschaft.

Und diese drei Forderungen zielten ab auf den Kampf gegen die modernen Formen der Homophobie in allen Bereichen, wo Menschen zusammen funktionieren und in den Bereichen, in denen Homosexuelle auf negative Gefühle treffen.

So sprechen wir von der Bekämpfung moderner Homophobie im Sport, in der Schule, im Gesundheitswesen und am Arbeitsplatz im allgemeinen. Wir richteten unseren Fokus auch auf traditionelle ethnische und orthodoxe reli-

giöse Gruppen – Christen und Muslime – und auf die Sicherheit im öffentlichen Raum in Bezug auf „Hassverbrechen“ und die Beteiligung ethnischer Jugendlicher. Das war notwendig, um sich mit der wachsenden Islamophobie bei schwulen Männern auseinanderzusetzen – COC musste zeigen, dass wir die Ängste dieser Männer verstehen und mit Strategien zur Gewährleistung ihrer Sicherheit dagegen vorgehen, um Unterstützung und Verständnis für unsere Politik des kulturellen und religiösen Dialogs und des Beginns einer Emanzipation von Schwulen und Lesben innerhalb traditioneller ethnischer und orthodoxer religiöser Gruppen zu gewinnen.

Um die Regierung, aber vor allem die Gesellschaft insgesamt voran zu bringen, entschieden wir uns für die Sichtbarkeit als wichtigsten Teil unserer Strategie. Die wesentliche Idee dahinter ist, dass alles was sichtbar ist, nicht ignoriert werden kann. Man muss darauf reagieren und entsprechend handeln – auf die eine oder andere Weise.

So wurde jeder Vorfall öffentlich gemacht. Jedes auch noch so kleine Beispiel für Homophobie, wo auch immer es in der Gesellschaft auftauchte, wurde aufgegriffen und erörtert. Es wurden große Kampagnen organisiert, um die Homosexualität in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Während der Parlamentswahlen von 2006 gelang es außerdem, politische Unterstützung zu gewinnen; mit den wichtigsten Parteien, insbesondere den Demokraten und Liberalen, konnten politische Abkommen unterzeichnet werden. Mit dieser politischen Verpflichtung konnte die Schwulenemanzipation wieder in die politische Agenda einbezogen werden.

Das Ergebnis war etwas überraschend. Zu unserer heutigen Regierung gehören neben den Sozialdemokraten zwei christliche Parteien – die Christdemokraten und zum ersten Mal in ihrer Geschichte auch die kleine orthodoxe Christliche Union. Diese Koalition hat zum ersten Mal in der Geschichte in ihrem Koalitionspapier festgehalten, dass der Kampf gegen die moderne Homophobie eine Priorität der Regierung sein würde. Wir haben jetzt einen Minister statt eines Staatssekretärs, der für Schwulenemanzipation zuständig ist, und dieser hat sich in dieser Sache äußerst engagiert gezeigt. Es wurde ein, wenn auch immer noch sehr kleiner, Extrahaushalt für Schwulenpolitik und die finanzielle Unterstützung der Schwulenbewegung geschaffen. Und weitgehend auf der Grundlage des politischen Papiers, das von einer breiten Koalition von dem COC angehörenden schwulen, lesbischen, bisexuellen und Transgender-Organisationen herausgebracht worden ist, hat dieser

Minister ein „Weißpapier“ mit ehrgeizigen Plänen zur Verwirklichung seiner Ziele vorgelegt. Ein „Weißpapier“, das auf der Neujahrsrede basierte, die ich im Januar 2006 gehalten habe und in der ich die neue dritte Phase der Emanzipationsbewegung und die Vision der ganzen niederländischen Schwulenbewegung vorstellte, die meine und eine weitere Organisation unter Verwendung der Beiträge von allen formuliert hatte. Und vor allem nahm unsere Kronprinzessin Maxima an einem offiziellen Treffen teil, bei dem Homosexualität das Thema und der Versamlungsgrund war. Damit war sie das erste Mitglied der königlichen Familie, das an einer Veranstaltung über Homosexualität teilnahm. Es war ein Signal für eine starke moralische Führung unserer Regierung und, was sogar noch wichtiger ist, ein nicht zu überschätzendes Signal an die lesbisch-schwule Community, die sich so lange von den „Royals“ und der ganzen Gesellschaft ignoriert gefühlt hatte.

Bis jetzt haben Sie vielleicht gedacht: wann spricht er endlich über ethnische Minderheiten und die Bekämpfung der Homophobie in diesen Bevölkerungsgruppen?

Meine Damen und Herren, ich spreche bereits darüber.

Ich habe Ihnen einen Überblick über die neuesten Entwicklungen in meinem Land gegeben, über die relativ schwache Position der Homosexualität in der Gesellschaft, wenn es um gesellschaftliche Akzeptanz geht. Und die Debatte über kulturelle Werte und die fehlende Integration der ethnischen Minderheiten in einer Situation, in der die gesellschaftliche Position ethnischer Minderheiten schwach und sehr starken Druck ausgesetzt ist aufgrund einer Überrepräsentation marokkanischer Jugendlicher in den Strafregistern, relativ schlechter Wohnverhältnisse, hoher Arbeitslosigkeit und eines niedrigen Bildungsniveaus ethnischer Minderheiten, der Bedrohung durch den muslimischen Radikalismus – der durch die Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh durch einen muslimischen Extremisten schmerzlich sichtbar geworden ist – und der Abnahme der Lebensqualität in den Vororten unserer Städte mit einer Überrepräsentation der ethnischen Minderheiten und der von uns fälschlich als „schwarz“ bezeichneten Schulen.

Das führt zu einer komplizierten Situation. Untersuchungen haben gezeigt, dass Homosexualität innerhalb großer Teile der traditionellen orthodoxen religiösen Gruppen nicht akzeptiert ist. Eine Untersuchung in Rotterdam zeigt, dass 80 % der marokkanischen Jungen, 81 % der türkischen Jungen und 58 % der marokkanischen Mädchen Homosexualität ablehnen. Dagegen

haben 30 % der niederländischen Jungen und nur 8 % der niederländischen Mädchen dieselbe Einstellung zur Homosexualität.

Obwohl der Islam oft als Argument für die Ablehnung der Homosexualität genannt wird, sollte man sich doch die Frage stellen, ob die Religion der wirkliche Grund für die Homophobie unter ethnischen Jugendlichen ist. Traditionelle kulturelle Werte, die auf der dominanten Stellung der Männer basieren, vermischt mit Religion, die diese Dominanz verbrämen soll, dürften ein wahrscheinlicherer Hintergrund sein. Untersuchungen haben gezeigt, dass Homophobie weiterhin bei männlichen Jugendlichen, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und traditionellen orthodoxen Gläubigen vorherrscht. Diesen Gruppen gemeinsam ist die immer noch dominante – aber keineswegs unangefochtene – Stellung der heterosexuellen Männer. Die jungen sogenannten Muslime in unserer Gesellschaft passen perfekt zu dieser Beschreibung.

Es ist wichtig, sich das klarzumachen, denn viele der klassischen Vorstellungen über die Bekämpfung der Homophobie in ethnischen Umfeldern beziehen sich vor allem auf Imams, Moscheen und religiöse Diskurse. Aber wie viele junge Muslime können wirklich in der Moschee erreicht und beeinflusst werden? Die städtische Jugendkultur ist wahrscheinlich ein viel wichtiger Beeinflussungsfaktor und sollte deshalb nicht aus den Augen verloren werden!

So haben wir einerseits eine Schwulenbewegung, die dadurch gestärkt wird, dass sie immer mehr gesellschaftliche Akzeptanz gewinnt. Andererseits haben wir große Probleme mit ethnischen Minderheiten zu bewältigen, die die Homosexualität ablehnen.

Und hier treffen zwei Welten aufeinander. Den Parteien des linken Flügels fällt es schwer, eine starke Politik für die Schwulen gegen die ethnischen Minderheiten zu verteidigen, die ein wichtiger Teil ihrer Wählerschaft geworden sind. Die rechten Parteien nutzen die fehlende Akzeptanz der Homosexualität besonders unter Muslimen als Beweis für deren fehlende Integration.

Für eine Schwulenbewegung, die sich im wesentlichen als politisch und religiös neutral versteht, ist das eine schwierige Situation, wenn sie gesellschaftliche Akzeptanz erreichen und die Gesellschaft insgesamt voranbringen will.

Um diese Situation zu meistern, werden zwei Punkte formuliert:

Erstens: Unterstützungsprogramme zur Verbesserung der ethnischen und religiösen Integration sind mit dem Risiko verbunden, dass die Akzeptanz der Homosexualität in bestimmten Gesellschaftsbereichen weiter abnimmt. Z. B. sind Programme, die ethnische Minderheiten zur Teilnahme am Sport motivieren sollen, mit dem Risiko verbunden, dass die Akzeptanz der Homosexualität in den Sportklubs sinkt. Wenn man die eine Sache erreicht, bedeutet das oft, dass man ein kontroverses Thema ausklammert, das die Sache nur noch mehr komplizieren würde. Das haben wir bereits in den sogenannten „schwarzen Schulen“ mit wachsender muslimischer Population gesehen, wo schwule und lesbische Lehrer/innen sich nicht mehr outen können und der COC nicht mehr eingeladen wird, über Homosexualität zu sprechen. Wohlgermerkt, diese Entscheidungen werden von einheimischen Rektoren etc. getroffen, die Probleme antizipieren, die sie vermeiden möchten – sie gehen selten auf einen von muslimischen Eltern ausgeübten Druck zurück.

Zweitens: und das ist von entscheidender Bedeutung – eine Strategie, die wir in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts bei der Öffnung christlicher Gruppen benutzten. Es muss deutlich gesagt werden, dass diese Probleme nicht neu und nicht einzigartig sind. Wir hatten sie schon früher, und wir wussten, wie wir damit umgehen und sie bewältigen konnten. Es geht nicht nur um ethnische und religiöse Minderheiten, die Homosexualität als Teil unserer Gesellschaft akzeptieren sollen – sondern es muss deutlich gemacht werden, dass Homosexualität zu ihrem eigenen Gesellschaftsbereich dazugehört und dass die Ablehnung der Homosexualität auch die Ablehnung von Menschen bedeutet, die ihrer eigenen Gemeinschaft angehören – wie wir es mit unseren einheimischen Christen getan haben. Wohlgermerkt, die orthodoxen Christen in unserem Land leben heute, weit mehr als die eingewanderten kulturellen, ethnischen und religiösen Minderheiten, in Abgrenzung und Opposition zur modernen säkularen Gesellschaft. Wir haben uns nur an sie gewöhnt, sie sind eine winzige Minderheit und leben meist auf dem Land – deshalb haben wir aufgehört, uns über sie Sorgen zu machen, seit die Mehrheit der Christen begonnen hat, die Homosexualität zu akzeptieren.

Darüber hinaus, und wir sehen das in den Schulen, ist ein fundamentales Verständnis und eine grundsätzliche Akzeptanz der Homosexualität erforderlich, um zu gewährleisten, dass die ethnischen Minderheiten in unserer Gesell-

schaft „funktionieren“ können. 38 % der aus Surinam stammenden Jungen, 50 % der marokkanischen und 64 % der türkischen Jungen sagen, sie hätten Probleme damit, von einem schwulen Lehrer unterrichtet zu werden. Bei den Mädchen sind diese Zahlen auch nur geringfügig besser. Wenn es also schon ein Problem ist, in der Schule von einem schwulen Lehrer unterrichtet zu werden, wie soll es dann möglich sein, zusammen mit Homosexuellen aktiv Sport zu treiben oder am Arbeitsplatz eine lesbische Chefin zu haben etc.?

Dieses Problem muss gelöst werden. Es geht nicht nur darum, eine die Schwulen voll akzeptierende Welt zu errichten und zu bewahren, sondern auch die Chancen der ethnischen Minderheiten zu erhöhen, in unserer Gesellschaft „funktionieren“ zu können.

Wie bereits gesagt, ist Sichtbarkeit die wichtigste Strategie. Diese wird auf drei Hauptpfaden verfolgt:

1. Sichtbarkeit der Rollenmodelle
2. Sichtbarkeit der Homosexualität in der Gemeinschaft
3. Dialog

Rollenmodelle: Vor zwei Jahren rief der COC eine Projekt „Respect 2Love“ ins Leben. Zu diesem Projekt gehörte eine Broschüre über schwule und lesbische Menschen mit ethnischem Hintergrund. Diese Broschüre wurde an junge Leute der Zielgruppe im ganzen Land verteilt. Zweitens wurden ein paar Filme gedreht. Einer davon war ein Dokumentarfilm, der Schwule und Lesben mit ethnischem Hintergrund zeigte. Der zweite Film war eine Geschichte von einem marokkanischen Kickboxer, der sich in seinen Trainer verliebt. Dieser Film des bekannten holländischen Regisseurs Eddy Terstall zeigt die schwere Zeit, die er durchmacht, seine emotionalen Probleme, und vor allem kann man sehr gut das Leid nachvollziehen, das er der Frau verursachen wird, die er seiner Familie zuliebe heiraten will. Der Hauptdarsteller ist ein heterosexueller, bei jungen Marokkanern sehr beliebter marokkanischer Schauspieler. All diese Materialien werden benutzt, um innerhalb der ethnischen und religiösen Minderheiten einen Dialog über Homosexualität als Teil ihrer eigenen Gemeinschaft zu beginnen. Ziel ist es, Fragen zu stellen über die Art und Weise, wie die Menschen in ihrem Alltag mit Homosexualität als Faktor des modernen Lebens in unserem Land zurechtkommen müssen.

2008 wurde während des „Kwakoe Festivals“ (großes multikulturelles Fest) in Amsterdam zum ersten Mal ein „Rosa Sonntag“ veranstaltet. Dieses Festival ist auf die Immigranten-Gemeinschaften in den Niederlanden ausgerichtet und stark auf die Communities bezogen. Auf einem solchen Festival ein Schwulenprogramm vorstellen zu können ist ein wichtiger Schritt vorwärts – es zeigt, dass die Kooperation der führenden Persönlichkeiten der Minderheitengemeinschaften zunimmt. Auch sind Medien mit ethnischer Zielgruppe als Kanal für die Mitteilung unserer Botschaft des Dialogs vorgesehen.

Der Dialog ist nicht nur eine Strategie, sondern auch der Name eines Projekts, das 2002 in Zusammenarbeit mit der Yoesuf Foundation, die sich mit Homosexualität und Islam befasst, und der Humanistischen Union gegründet wurde. Diese drei Parteien veranstalteten über hundert Diskussionen oder besser gesagt Round-Table-Konferenzen mit dem allgemeinen Thema „Wie können wir zusammen leben“. Diese Treffen waren geschlossene Versammlungen, so dass die Menschen sich frei fühlen konnten, ihre Meinung zu sagen. Das Eingangsthema der Einladung und der Diskussion war nie Homosexualität als solche, denn dann wären die Menschen sicher nicht gekommen. Während der Diskussion kam das Thema dann aber allmählich zur Sprache.

Besondere Dialogformen sind die Informationsveranstaltungen an Schulen. Das Info-Material wurde speziell für die sogenannten „schwarzen Schulen“ maßgeschneidert. Besonders wichtig war es wieder, dass wir allgemeine Ausdrücke verwendeten, keine expliziten sexuellen Wörter und, sehr wichtig, eine Verbindung zu Beispielen von Diskriminierung, die sie selbst erleben müssen, herstellten. Sozusagen eine gemeinsame Basis für weitere gegenseitige Interessen.

Neben diesen Projekten begannen wir auch, spezielle Treffen für Schwule und Lesben mit ethnischem oder religiösem Hintergrund zu veranstalten. Z. B. organisierten wir eine Feier anlässlich des Ramadan-Endes. In einer sichereren Umgebung, an einem nicht öffentlichen Ort und ohne Zulassung von Kameras konnten diese schwulen Männer – keine lesbischen Frauen – für einen Moment zusammen sein. Es fühlte sich so an wie die ersten COC-Treffen vor 60 Jahren. Das gilt auch ein bisschen für die Treffen, die auf einer regelmäßigeren Basis stattfanden: wir nannten sie „Couscous-Dinner“. Zu diesen Abendessen kommen hetero- und homosexuelle Marokkaner. Auch hier ist Homosexualität wieder kein explizites Thema – die Besucher bezeich-

nen sich sehr oft nicht als schwul oder homosexuell, es sind einfach Männer, die mit anderen Männern Sex haben. Man geht dort hin, um zu essen, zu reden und sich zu amüsieren. Dabei kann man so schwul sein wie man will. Weiteren Spaß können die Leute haben, wenn sie zu Habibi Ana gehen, dem einzigen – oder zumindest ersten – muslimischen Schwulencafé der Welt.

Obwohl die Zahlen keine Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz als solcher zeigen, gibt es eine Menge hoffnungsvolle Zeichen. Die dritte Generation der ethnischen Minderheiten funktioniert besser als die zweite Generation, und die Integration verbessert sich. So haben diese Menschen bessere Jobs, verdienen mehr Geld und haben einen höheren Bildungsstand. Ein weiteres positives Signal ist, dass die ersten Immigrantenorganisationen langsam bereit sind, offen über Homosexualität zu reden. Die Türkische Handelskammer hat z. B. den COC eingeladen, an ihren Feierlichkeiten teilzunehmen. Und die türkischen Organisationen beginnen, sich an dem COC-Projekt zur Unterstützung der Schwulenbewegung in der Türkei zu beteiligen. Das ist ein sehr wichtiger Schritt, weil es ein Zeichen der Bestätigung ist, dass Homosexualität nicht nur eine Besonderheit der westlichen Kultur, sondern ein Phänomen aller Kulturen und Gesellschaften ist.

Auf Profil- und Dating-Seiten wie Gay.eu, vergleichbar mit Gay Romeo, zeigen Schwule und Lesben mit ethnischem Hintergrund immer offener Bilder, die von Angesicht zu Angesicht offenbaren, wer und was sie sind. Wenn Führer in der islamischen Welt zu einem negativen Verhalten gegenüber der Homosexualität tendieren, ist die öffentliche Erregung groß. Allerdings müssen wir als Schwulenbewegung ständig darauf achten, dass unsere Sache nicht von islamfeindlichen Menschen oder Organisationen missbraucht wird.

„Fitna“ – Geert Wilders islamfeindlicher Videofilm, vielleicht haben Sie ihn gesehen – ist ein Beweis für diesen Missbrauch. Er zeigt Bilder von Asgari und Marhoni, die im Iran gehängt wurden, als Beweis für die Homophobie im Islam, für die kein niederländischer Muslim verantwortlich ist. Wilders ignoriert einfach die Tatsache, dass niederländische Moslems unseren Kampf um einen besonderen Flüchtlingsstatus für iranische Schwule unterstützt haben. Am wichtigsten ist aber, dass seine Partei nie Schwulenpolitik konstruktiv unterstützt hat, er benutzt die Homosexualität nur, um Migranten zu beschuldigen. Der COC hat immer sehr darauf geachtet, nicht mit seiner Partei oder seiner Politik in Verbindung gebracht zu werden.

Der nächste Schritt sind die homo-heterosexuellen Bündnisse, die wir Anfang dieses Jahres ins Leben gerufen haben. Diese Bündnisse zwischen der lesbisch-schwulen Community und regulären Organisationen für den Kampf gegen Homophobie werden bereits an Schulen, mit Gewerkschaften und einigen multinationalen Verbänden sowie Seniorenorganisationen gegründet. Sie sollten auch zwischen der Schwulenbewegung und ethnischen (Jugend-) Organisationen vereinbart werden. Ich bin zuversichtlich, dass Anfang des nächsten Jahres die ersten Beispiele erleben werden.

Homosexualität steht in Holland wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Es gibt immer noch viel Anlass zur Besorgnis im Hinblick auf die Integration und den Islam. Immerhin waren Homosexualität und Islam vor ein paar Jahren kurz davor, zu widerstreitenden Kräften zu werden – ein Konflikt, der alle teuer zu stehen gekommen wäre. Jetzt sehen wir aber, dass beide Seiten aufeinander zuzugehen beginnen. Wenn ich das sage, ist mir allerdings klar, dass noch ein langer, dorniger Weg vor uns liegt.

Nicht nur muss allen Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern eine sichere Umgebung gegeben werden, in der sie leben können, nicht nur muss die Integration der ethnischen und religiösen Minderheiten verbessert werden, sondern auch – und vielleicht vor allem – müssen diejenigen Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender, die sich in einem Konflikt zwischen ihrer Sexualität und ihrem kulturellen oder religiösen Hintergrund befinden, Unterstützung erhalten.

Es liegt noch ein langer Weg vor uns, aber wie sich gezeigt hat, lohnt es sich, ihn zu gehen.

Frank van Dalen

war bis zum Sommer 2008 der Vorsitzende vom Verband COC (*Centre for Culture and Leisure*) in den Niederlanden. Er gehört zu De Dialoog und ist Vorsitzender des Vereins ProGay, dem Organisationskomitee des Christopher-Street-Days in Amsterdam.

Strategien in der Zusammenarbeit gegen Homophobie und Rassismus – ein Streitgespräch!

Zusammengefasst von Sabine Röhrbein

Im Streitgespräch steht die Frage im Mittelpunkt, welche neuen Wege und Strategien nötig sind, um in der Einwanderungsstadt Berlin Homophobie und Rassismus nachhaltig bekämpfen zu können. In den Workshops und Gesprächen ist deutlich geworden, dass es sich hierbei um eine Gratwanderung handelt. Deshalb verbindet der Moderator Dr. Cem Dalaman die Vorstellungsrunde mit folgender Eingangsfrage:

Wie ist es möglich, von Homophobie zu reden, ohne rassistische Stigmatisierungen vorzunehmen?

Sanchita Basu (*ReachOut!*): Wer Menschenrechtsarbeit macht, thematisiert selbstverständlich jegliche Form von Diskriminierung, ganz gleich ob es sich dabei um Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft oder wegen der Religion oder um Homophobie handelt. Diskriminierung und Homophobie sollten offen mit Schülerinnen und Schülern und in der Jugendarbeit angesprochen werden. Doch damit ist es nicht getan. Es ist vor allem viel Erwachsenenarbeit nötig, viel Arbeit mit Lehrerinnen und Lehrern. Allerdings ist es einfacher mit Schülerinnen und Schülern als mit Lehrerinnen und Lehrern zu diesen Themen zu arbeiten. „Ich habe nicht den Eindruck, dass sie sehr lernwillig sind.“

Bali Saygili (*LSVD/Miles*): In meiner Arbeit geht es genau darum, um Sensibilisierung und Aufklärung in der Schule und in der Erwachsenenbildung. Aus Gesprächen mit türkischen und arabischen Müttern weiß ich, dass sie über Homosexualität nicht informiert sind. Die türkischen Medien greifen das Thema nur zum CSD auf, türkische Ärzte lassen sich selbst zum Themenbereich Migration und HIV kaum mobilisieren. Schwierig ist für sie die Verbindung mit Migration, die jedoch nötig ist, um das Thema mit einem kulturspezifischen Ansatz bearbeiten und kulturspezifisch darüber aufklären zu können. Dies ist

nötig, um nicht – wenn auch vielleicht unbeabsichtigt – zu diskriminieren. Solche Themen müssen angesprochen werden, auch wenn es weh tut.

Hakan Tas (*Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen*): Homophobie ist ein weltweites Problem zum Beispiel auch in Russland und Polen und nicht nur ein türkisch-arabisches Problem. Die Ursachen für Homophobie sind nicht in einzelnen Ethnien zu suchen. Wir dürfen das Problem nicht ethnisieren. Es ist auch in Berlin ein gesamtgesellschaftliches Problem, dem wir mit gesamtgesellschaftlichen Initiativen begegnen müssen. Die türkischen Tageszeitungen haben tatsächlich in den frühen 1980er Jahren wenig über Homosexualität berichtet. Das hat sich geändert. Mittlerweile gibt es viele Berichte, und zwar nicht nur über den CSD, nicht nur über Skandale, nicht nur über Transvestiten oder Transsexuelle. Doch damit die türkischen Medien über Homosexualität berichten, sind mutige Menschen nötig, die sich auch bereitwillig den Journalisten stellen.

Saideh Saadat-Lendle (*LesMigras*): Über Homophobie können wir aus zwei Blickwinkeln reden. Wir wissen, dass Homophobie in der Mitte der deutschen Gesellschaft angekommen ist ebenso wie in den Migranten-Communities. Wenn wir nicht über homophobe Migranten, sondern Homophobie in den Migranten-Communities sprechen, müssen wir dies zielgruppenspezifisch tun und auch zielgruppenspezifische Gegenmaßnahmen entwickeln. Andererseits gibt es auch eine Verwobenheit von Homophobie und Rassismus, was es uns nicht ermöglicht, von Homophobie ohne Rassismus zu sprechen. Bis vor ungefähr zehn Jahren wurde über Diskriminierungsmechanismen in Migranten-Communities nicht gesprochen. Das war nicht wichtig, weil Migrantinnen und Migranten nicht wichtig waren. Jetzt sind sie es plötzlich, die in Deutschland homophob sind. Die homophoben Migranten werden den aufgeklärten Deutschen gegenüber gestellt. Deshalb ist es so schwierig von Homophobie zu sprechen, ohne auch auf Rassismus einzugehen. Die Communities und die Politik haben die Sensibilisierung für das Thema in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Jetzt wird das Problem weggedrückt und auf die Migrantinnen und Migranten geschoben. Die Frage ist aber, wer für die Homophobie in Migrantenfamilien verantwortlich ist. Aus meiner Sicht die Politik, die wenig in diesen Bereich investiert hat.

Hilmi Kaya Turan (*Migrationsrat Berlin-Brandenburg*): Was wollen wir denn erreichen? Wollen wir Homophobie bekämpfen oder wollen wir andere Kulturen bekämpfen? Darüber muss man sich erst einmal einigen, damit man

sich dann auch über die Herangehensweise verständigen kann. Homophobie gibt es weltweit, auch in Deutschland und auch in Migranten-Communities und verstärkt in Communities mit muslimischem Glauben. Man darf das nicht schön reden. Doch wenn Migranten vorgeworfen wird, dass es bei ihnen mehr Homophobie gibt, dann darf man keine Sensibilisierung erwarten, dann ist das ein Angriff. Nur weil ein bestimmter Prozentsatz der Deutschen fremdenfeindlich ist, sind auch nicht gleich alle Deutschen Rassisten. Solche Pauschalisierungen sind keine Auseinandersetzung mit dem Thema, sondern pauschale Angriffe gegenüber einer bestimmten Gruppe.

Der Moderator weist auf Übergriffe auf Lesben und Schwule hin, die in den vergangenen Monaten zunehmend von Migranten ausgegangen sind. Bei den Betroffenen sei der Eindruck entstanden, dass sich die Migrantenverbände nicht genug damit auseinandersetzen würden. Er will wissen, ob dieser Eindruck tatsächlich so stehen bleiben kann.

Tas: Die türkischen Verbände setzen sich zunehmend mit dem Thema „Homosexualität“ und mit diesen Vorfällen auseinander – dazu gehören der Migra-

Active und konzentrierte internationale Gäste in der Werkstatt der Kulturen.



tionsrat Berlin-Brandenburg und der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) oder der Verein Türkische Mediziner e.V. Vieles hat sich in den vergangenen Jahren zum Positiven verändert und diese Fortschritte sollten anerkannt werden.

Saygili widerspricht und erklärt, dass die Zusammenarbeit der Migrantenverbände mit seinem Verband nur unzureichend wäre.

Basu weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Mehrheitsgesellschaft begreifen müsse, was „kulturspezifisch“ meint. Kulturspezifische Aufklärung, kulturspezifische Ansätze seien nötig damit sie eben nicht stigmatisiert.

Turan: Alle Personengruppen, auch Lesben und Schwule, sind im Vorstand des Migrationsrates vertreten. Das war immer so gewollt. In diesem Sinne wurden die Belange von Homosexuellen zur Kenntnis genommen. Gleichstellung kann man aber nicht erreichen, wenn nicht auch andere Organisationen für Kooperationen offen sind. Nur Forderungen an uns zu richten, dies und das zu tun, ist keine Zusammenarbeit. Wir brauchen keine Belehrungen, sondern ernst gemeinte Angebote zur Zusammenarbeit.

Der Moderator fragt nach, wie sich die Moscheen für den Kampf gegen Homophobie gewinnen lassen.

Turan: Hier muss man den Weg des Dialogs suchen. Normalerweise sieht der Islam Homosexualität als eine Sünde an, aber der Ansatz ist da, sich dieser Lebensweise zu stellen und mit ihr auszukommen.

Saadat-Lendle: Wir bekommen auch von konservativen Muslimen die Anregung, wir sollten uns nicht mit der islamischen Theologie, sondern mit Menschenrechten beschäftigen. So können wir Muslime erreichen und zu einer Zusammenarbeit auch ganz verschiedener Verbände kommen. In Bezug auf Veränderungen der Einstellungen der Migranten-Communities gegenüber Homosexuellen möchte ich ein Beispiel erzählen: Eine Person in einem Migrantenverband hat uns erklärt, dass sie etwas für die Rechte von Lesben und Schwulen tun möchte, war aber allein mit diesem Anliegen. Diese Person hat es in wenigen Jahren geschafft, ein Antidiskriminierungsnetzwerk aufzubauen und hat jetzt viele hinter sich. Vor ungefähr neun Jahren haben wir 55 Migrantenorganisationen und interkulturelle Einrichtungen angeschrieben, ob sie mit uns kooperieren wollen. Eine einzige war damals dazu bereit. Viele von den Einrichtungen, die nicht geantwortet hatten, sind heute unsere

Kooperationspartner. Die Vernetzungsarbeit ist mühsam. Wir haben damals keine Pressemitteilung veröffentlicht, wie homophob die Einrichtungen sind. Wir sind stattdessen in ihre Netzwerke gegangen. Das ist der richtige Weg, wenn er auch sehr zeitintensiv ist und Energie kostet.

Der Moderator eröffnet die Fragerunde für das Publikum:

Der erste Fragestellende reagiert auf die unterschwellig angesprochenen Differenzen des LSVD mit den Migrantenverbänden und kritisiert dessen Alleinvertretungsanspruch für lesbisch-schwule Belange. Er erklärt: „Das einzige Problem ist: Sie als LSVD sehen sich meistens als die Vertretung für die schwule Community. Aber die ganzen anderen wertvollen Vereine wie LesMigras, GLADT und Co. sind auch ein Teil, ein wichtiger Teil der schwulen Community.“

Der zweite fordert lesbische und schwule Migrant/innen und lesbisch-schwule Vereine auf, offensiver zu sein und offensiver auf ihre Herkunftsgemeinschaften sowie deren Medien und Journalist/innen zuzugehen.

In einem weiteren Redebeitrag wird auf die Kommunikationsschwierigkeiten, die unterschiedliche Sprache, eingegangen. Wenn „der eine vom Stuhl und der andere vom Elefanten spreche“, sei das ein Problem. Der Redner unterstreicht die Bedeutung der gemeinsamen Debatte über Menschenrechte – Menschenrechte für Frauen, für Migrant/innen, für Lesben und Schwule hätten einen inneren Zusammenhang.

Kritik entzündet sich am gemeinsamen Couscousessen der holländischen Schwulenorganisation COC mit schwulen Marokkanern, da „dies ja noch keine Partizipation sei“.

Der COC-Vertreter verteidigt das Engagement seiner Organisation. Aus der ausschließlich männlich-weißen Gruppe sei sieben Monate später eine Gruppe der Vielfalt geworden mit Frauen und Männern, Afrikanern und Europäern. Es gehe nicht darum, dass COC eine weiße und männliche Organisation sei, sondern darum Migrantenorganisationen, die sich für Lesben und Schwule einsetzen, darin zu unterstützen.

Saygili: Der LSVD ist eine politische Organisation, ein Projekt ist etwas anderes. Wir lassen uns als politische Organisation genauso wenig sagen wie sich andere politische Organisationen etwas sagen lassen. Mit dem TBB wollten wir jedoch auf Projektebene zusammenarbeiten und haben dies auch

deutlich betont. Der TBB-Vorstand hat sich jedoch gegen jegliche Zusammenarbeit mit dem LSVD entschieden. Wenn man sich auch auf der Projektebene verweigert, läuft etwas falsch.

Turan: Jegliche Form, die geeignet ist, Homophobie und Diskriminierung zu bekämpfen, ist zu begrüßen – auch wenn es Couscousessen ist. Wir sind eine politische Interessenvertretung und wir führen politische Auseinandersetzungen. Mit einer politischen Organisation, die gegen unsere Interessen handelt, ist eine Zusammenarbeit nicht möglich.

Der Moderator erinnert daran, auf die Arbeit der Migrantenorganisationen an ihrer Basis einzugehen.

Turan: Es ist schwierig, die Menschen zu motivieren. Wir haben wenige Mittel und Personen für die Basisarbeit. Das leugnen wir auch nicht. Der Wille ist da. Leider gelingt es uns nicht immer, diesen umzusetzen.

Basu: In der Frauenbewegung haben wir erlebt, wie Paternalismus funktioniert. Daraus lernen wir: Wir wollen uns selber organisieren. Ich sehe ein Dilemma: Warum reden wir über Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft? Sind wir zufrieden, dass nur noch 48 Prozent der deutschen Jugendlichen homophob sind? Ich möchte eine Diskussion darüber.

Saadat-Lendle: Mehr Dialog ist nötig, das Thema der Veranstaltung ist zu begrüßen. Unser Problem ist: Wenn wir die Äußerungen mancher schwuler Organisationen beleidigend, dominant und rassistisch empfinden, dann ist es Euer Recht, zu sagen, was Ihr denkt, und unser Recht, dies anzusprechen und Euch zu bitten, das mit uns zu besprechen.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zurückkommen, weil die kulturspezifische Sensibilisierungsarbeit so wichtig ist. Hier gibt es viele gute Ideen und Ansätze. Die Politik muss jetzt den Raum schaffen, damit sich diese verwirklichen können.

Tas: Die Ethnisierung von homophoben Haltungen als gemeinsamer Nenner von Migranten mit arabischer und türkischer Herkunft ist diskriminierend. Eine Organisation, die solche Äußerungen macht, die insbesondere im Land Berlin Einwanderungstests fordert, kann nicht von Migrantenorganisationen erwarten, dass diese mit ihr zusammenarbeiten. Organisationen dürfen sich ihre Kooperationspartner selbst aussuchen. Bei den geplanten Projekten im Rahmen der Aufklärungsarbeit sind die Migrantenorganisationen selbst gefordert, Vereine wie GLADT oder LesMigras sind dabei zu unterstützen.

In der letzten Fragerunde wird aus dem Publikum noch einmal die Bedeutung der Kommunikation und des Dialogs unterstrichen. Die einzige Frau unter den Fragenden bezeichnet „Dialog“ als Stichwort des Tages.

Senatorin Heidi Knake-Werner benennt abschließend drei wesentliche Punkte:

- Erstens sei sie überhaupt nicht zufrieden, wenn 48 Prozent der jungen in Deutschland geborenen Männer deutlich machen, dass sie homophob sind. *„Homophobie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und als solches wünsche ich es auch zu diskutieren.“*
- Zweitens sei zu fragen, was denn mit Einwanderungsgesellschaft tatsächlich gemeint sei. Laut Definition sei dies die Gesellschaft, die aus der Aufnahmegesellschaft und denjenigen besteht, die hier eingewandert sind. *„Ich bin froh, dass wir inzwischen seit knapp zehn Jahren darüber reden, dass dieses Land ein Einwanderungsland ist und dieser verdampte Realitätsverlust, der hier Jahrzehnte stattgefunden hat, sich endlich geändert*

Senatorin Heidi Knake-Werner weist engagiert darauf hin, dass Deutsche nach Jahrzehnten ein Bewußtsein entwickelt haben, dass sie in einer Einwanderungsgesellschaft leben.



hat. *Deshalb spreche ich ganz bewusst über Deutschland als Einwanderungsgesellschaft.*“

- Drittens weist sie darauf hin, dass die Tagung eine Veranstaltung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist, die die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung als wichtigen Bestandteil hat. Die Veranstaltung sei großartig von GLADT organisiert worden. *„Unsere gemeinsame Absicht war, mit dieser Veranstaltung unser aller Dialogfähigkeit zu erhöhen. Vielleicht ist es uns doch ein bisschen gelungen.“*

Teilnehmer/innen auf dem Podium:

Sanchita Basu (ReachOut Berlin – Opferberatungsstelle) ist Mitgründerin und Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und dort zuständig für Bildungsfragen. Darüber hinaus ist sie in zahlreichen antirassistischen und feministischen Vereinen und Initiativen aktiv.

Saideh Saadat-Lendle (LesMigraS – Lesbische Migrantinnen und Schwarze Lesben) ist Psychologin, Psychodramatikerin. Seit 1997 ist sie Mitarbeiterin der Lesbenberatung. Sie leitet und koordiniert dort das Projekt «LesMigraS».

Bali Saygılı (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD / Leiter des Projekts „MILES – Migranten, Lesben und Schwule“) ist Elektronik- und Kommunikationstechniker. Er leitet das Projekt MILES – Migranten, Lesben und Schwule und studiert an der Katholischen Fachhochschule für Sozialarbeit.

Hakan Taş (Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen) ist Freier Journalist, Autor und Menschenrechtsaktivist. Er ist Mitglied des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen.

Hilmi Kaya Turan (Migrationsrat Berlin-Brandenburg) ist Dipl.-Volkswirt und Sozialberater. Er ist Sprecher des Migrationsrates Berlin Brandenburg, stellvertretender Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) und arbeitsmarktpolitischer Sprecher beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg.

Streitwillige Expertinnen und Experten auf dem Podium.

V.l.n.r.: Sanchita Basu, Bali Saygılı, Hakan Tas, Saideh Saadat-Lendle, Hilmi Kaya Turan



Xberg Beats für Respekt und Gleichberechtigung Projekt Ey!Lem

Das Projekt Ey!Lem wurde als Hip-Hop-Gruppe im Frühling 2008 gegründet. Die Mitglieder der Gruppe setzen sich kritisch mit ausländer- und frauendis-
kriminierenden oder gewaltverherrlichenden Raptexten auseinander. Auf der Fachtagung stellten die Jugendlichen drei ihrer „Songs“ vor. Hier ein Textauszug ihrer Produktion



Frustra' (Part)

Hörst du raus, dass ich Türke bin? Glaub mir, kommt es raus, dass ich Türke bin, sagen Deutsche, ich soll raus, weil ich Türke bin. Nicht jeder Deutsche. Meistens Deutsche, die die NPD wählen und dann sagen ich soll aufhören sowas eng zu sehen. Ich glaube nicht, dass du das kennst wenn ich jetzt reim'. Engel sehen was hier passiert und fliegen wieder heim. Schreib' mit Liebe über Pein, doch wie soll das ohne helfen geh'n. Gibt es Bodenschätze, sind die Kriege nicht mehr weit. Da haben Viele schon gemeint: „Ey was soll das sein?“, doch ich fliege nicht alleine, denn EY!LEM ist dabei. Ich will ein Deutschland mit Ohr'n. Wir sind die dritte Generation, doch ich bin nicht in Deutschland gebor'n. Auf der Straße sind Schaufenster leer und Leute fragen, wo kommen die Ausländer her? Und nix dran ist neu. Ich weiß nicht was du denkst, doch sind wir zu fremd, dann bist du zu deutsch.



Existences (Hook)

Ihr wisst, dass ist die Wahrheit und wir sprechen es aus und wir werden etwas ändern und versprechen es auch. Und wir tun es, wir wissen, wir müssen einfach mal handeln. Noch hat es keiner verstanden, dann wird die Zukunft beschissen. Alle hier denken's, doch wir sprechen es aus, denn wir müssen etwas ändern und versprechen es auch. Besser du glaubst es mir, es kommt mir vor, als wär' jeder mit jedem verfeindet und bald ist jeder alleine.

Taha (Part)

Es gibt einen Politiker, der der NPD so nah war und trotzdem trifft er sich mit dem Dalai Lama. Türken in Deutschland, drei Generationen. Zwei Gesichter, ein Land, was ist Integration? Ich bin Türke, will nicht meine Wurzeln verlier'n, denn integrieren ist für mich nicht assimilieren. Ihr hofft auf aggressive Ausländer für Schlagzeilen. EY!LEM die Stimme der Stimmlosen, als Warnzeichen. Ich bin Jugendlicher, mit einem Migrationshintergrund. Bau' ich Scheiße, rückt meine Migration in Vordergrund. Ist es denn so schwer auf uns einzugehen? Oder Probleme die wir haben einfach einzusehen? Es ist einfach jemanden als Buhmann darzustellen. Die Vorurteile beruhen doch auf falschen Quellen. Ich bin hier gebor'n, doch hab' ein türkischen Pass und geh' hier auch nicht weg, nur weil dir der Türke nicht passt.

Mehr über Ey!Lem:

www.myspace.de/projekteylem

Welche spezifischen Angebote brauchen die Jugendhilfe und Schulen im Umgang mit Homophobie und Rassismus? Handlungsstrategien entwickeln!

Bericht aus dem Workshop 1

Inputreferate: Ammo Recla (ABqueer e.V.), Seemit Wahi (GangWay e.V.),
Kirstin Fussan (Senatsverwaltung Bildung, Wissenschaft und Forschung)
Moderatorin: Sanchita Basu
Berichterstatter: Ulf Höpfner

Facheinschätzungen aus den Inputreferaten:

1. Schulen nehmen den Erziehungsauftrag im Hinblick auf lesbische, schwule, bisexuelle und transgender (LSBT) Lebensweisen sowie auf Homophobie und Rassismus unzureichend wahr (Ammo Recla).
2. Jugendliche sind verunsichert auf Grund ihrer Identität(en), sie unterliegen einem hohen Erwartungsdruck z.B. in Schulen und Ausbildungsbetrieben. LSBT-Jugendliche reagieren darauf oft, in dem sie ihre sexuelle Identität nicht preisgeben. Empfohlener Ansatz: Diversity-Charta für Arbeitgeber (Seemit Wahi).
3. Schulen und die Schulverwaltung sind oft ratlos: Homophobie und Rassismus haben unterschiedliche Stellenwerte für Lehrer/innen und andere Verantwortungsträger/innen. Fortbildungen werden von Jugendhilfeeinrichtungen gut angenommen, aber von Lehrer/innen fast nicht genutzt. Verordnungen helfen nicht weiter! Manchmal reichen Anregungen, um eine Auseinandersetzung zu initiieren. Forderungen an Politik und Verwaltung von Seiten der Lesben, Schwulen und Transgender helfen, um dem Ziel LSBT-freundlicher Schulen in Berlin näher zu kommen (Kirstin Fussan).

1 Gay-straight-Alliances sind Arbeitsgemeinschaften, in denen sich (nach US-amerikanischem Vorbild) Schüler/innen (und ggf. auch Lehrkräfte) unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität zusammenfinden, um gegen Homophobie aktiv zu werden.

Empfehlungen und Forderungen

Mit dem Ziel, Handlungsstrategien zu entwickeln, wurden folgende Empfehlungen und Forderungen im Workshop entwickelt:

- Konzepte der „Homosexualität“ in verschiedenen Kulturen/Religionen kennen und analysieren!
- Die Rolle von „Autoritätspersonen“ und Vorbildern bewusst machen und bewusst einsetzen!
- (betriebliche) Ausbilder müssen sensibilisiert werden!
- Es besteht die Gefahr, dass Menschen mit Migrationshintergrund als homophob stigmatisiert werden.
- Mit Problemen beim Lehrer/innen-Outing professionell umgehen!
- In der Lehrer/Innen-Ausbildung müssen LSBT-Themen zum Pflichtprogramm gehören.
- Gay-straight-alliance-Teams/AGs an Schulen implementieren!¹
- Antidiskriminierung in Schulen verstärken!
- Unterstützend für das Anliegen wäre eine nicht-stigmatisierende Darstellung von LSBT- Lebensweisen in Medien und Werbung.
- Eine Entwicklung von Schule zum bewusst gelenkten sozialen Lernort wird ebenfalls das Anliegen unterstützen.

Drei Fragen für die weitere Arbeit am Thema:

Warum wird zwischen Homophobie von Menschen mit Migrationshintergrund und Homophobie von Menschen ohne Migrationshintergrund unterschieden?

1. Welche Zusammenarbeit von Schulen und Migrantenverbänden ist möglich?
2. Welche Aktivitäten unternehmen die Migrantenverbände, um homophoben Tendenzen in ihrer Community entgegenzuwirken?
3. Welche Aktivitäten unternehmen die Migrantenverbände, um homophoben Tendenzen in ihrer Community entgegenzuwirken?

Ein Bericht: Mobbing gegenüber einer lesbischen Lehrerin

Frau P. ist Lehrerin an einer Berliner Grundschule. In den 90-er Jahren ging sie gegenüber Kolleg/innen, Schüler/innen und Eltern offen damit um, dass sie in einer lesbischen Beziehung lebte. Seither hat sich die Sozialstruktur in der Grundschule geändert: der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund betrug seinerzeit ca. 50 %, heute liegt er bei 90 %. Familien, in denen die Eltern einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss haben – deutsche wie auch Eltern mit Migrationshintergrund – zogen weg. Seit den letzten 5–10 Jahren gibt es an der Schule fast nur noch Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien. Frau P. wurde zurückhaltender und thematisierte ihre lesbische Lebensweisen im Unterricht nicht mehr. Im Schuljahr 2005/2006 begannen Schülerinnen, Frau P. zu tyrannisieren und überall in der Schule zu verbreiten, dass sie lesbisch sei. Sie riefen ihr im Schulgebäude und auf dem Schulhof hinterher „Da kommt die Lesbe!“ „Hallo, sind Sie lesbisch?“ Bei Vertretungsstunden wurde sie von fremden Schülerinnen zu Beginn des Unterrichts gefragt, ob sie lesbisch sei.

Die Hetze ging von einer 6.-Klässlerin aus, die von ihrer älteren Schwester erfahren hatte, dass Frau P. lesbisch sei. Bei der Pausenaufsicht verfolgten sie Frau P., störten ihren Unterricht und schrieben im Schulgebäude an die Wand: „Frau P. ist lesbisch“. Frau P. litt zunehmend unter den Beleidigungen und Belästigungen. Da sie zu der Zeit keine „eigene“ Klasse (als Klassenlehrerin) hatte, bestand auch kaum eine Möglichkeit, das Mobbing-Verhalten im Unterricht zu thematisieren. Die Kolleginnen, von denen eine ihr bei der Gelegenheit mitteilte, dass ihr Sohn schwul sei, versuchten ihr Bestes und redeten immer wieder mit den Kindern. Nach einigen Monaten wandte sich die Lehrerin mit dem Problem an die Schulleiterin. Diese reagierte sofort: Sie bestellte die Schülerin, von der die Hetze ausging, und deren Eltern zu einem Gespräch. Dem Vater, der mit seiner Tochter erschien, machte sie deutlich, dass jegliche Abwertung von Schüler/innen oder Lehrer/innen wegen ihrer sexuellen Identität inakzeptabel sei und das Verhalten seiner Tochter dem Schulfrieden schade. Der Vater entschuldigte sich für das Verhalten seiner Tochter. Die Schülerin erhielt zwei Tage Schulverbot. Frau P. hofft, dass alle Schulleiter/innen sich in ähnlichen Situationen so kompetent verhalten wie die ihre.

Frau P. wahrte trotz dieses Rückhalts bei der Schulleitung in den folgenden Schuljahren Stillschweigen über ihre Lebensweise, da sie erneute Angriffe fürchtete. Seit 2 Jahren ist sie wieder Klassenlehrerin und hat sich in „ihrer“ Klasse bisher (noch) nicht geoutet. Nach der (hier dokumentierten) Fachtagung im Herbst 2008 hatte sie sich fest vorgenommen, sich bei der nächsten passenden Gelegenheit bei den Kindern zu outen. Sie teilte dies gleich ihrer Schulleiterin mit, die bestürzt, weil besorgt, reagierte. Der Alltag holte Frau P. schnell wieder ein und es gab einen heftigen Konflikt mit einer (deutschen) Mutter. Frau P. entschied, dass ihr Outing ein gefundenes Fressen für diese Mutter gewesen wäre. Sie verschob ihr Vorhaben vorerst. Sie hat es immer noch vor, mit den Kindern auch über ihre Lebensform zu sprechen, schätzt die möglichen Reaktionen der Eltern jedoch als sehr problematisch ein. Ihre Entscheidung wird sie davon abhängig machen, ob sie eventuelle negative Reaktionen aushalten kann. Ihre frühere Partnerin, die auch an der Schule arbeitet, und ein schwuler Kollege outen sich nicht.

Dazu Frau P. heute: „Ich muss sagen, ich finde es erschreckend, wie sehr wir als Lesben und Schwule uns wieder verstecken müssen. Ich leide richtig darunter, dass ich mit den Kindern nicht offen reden kann. Es führt ja auch zu Unaufrichtigkeit, was so gar nicht zu mir passt. Und das Verheimlichen verstärkt wieder die ablehnende Haltung uns gegenüber, weil die Kinder keine positiven Vorbilder haben.“

Sanchita Basu (ReachOut Berlin – Opferberatungsstelle, ein Projekt von ARIBA e.V.) ist Mitgründerin und Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und dort zuständig für Bildungsfragen. Darüber hinaus ist sie in zahlreichen antirassistischen und feministischen Vereinen und Initiativen aktiv.

Kirstin Fussan (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung) war bis 1990 als Diplomlehrerin in Berlin tätig. Von 1990–1995 war sie Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Sport in Berlin-Pankow, 1995–1999 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Seit 2000 ist sie in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung tätig, seit 2007 als Parlaments- und Jugendreferentin des Senators Prof. E. Jürgen Zöllner.

Ammo Recla (ABqueer – Aufklärung und Beratung zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Lebensweisen e.V.) war Bildungsreferent beim Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg. Seit 2005 ist er Projektleiter

Input von Fachleuten aus den Nicht-Regierungs-Organisationen und Verwaltungen.

V.l.n.r.: Ammo Recla, Sanchita Basu, Kirstin Fussan, Seemit Wahi und Workshopteilnehmerin.



von ABqueer, wo er für die Konzeption, Koordination und fachliche Beratung der außerschulischen wie schulbezogenen Bildungsarbeit zuständig ist. Darüber hinaus ist er seit 2004 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Transgendernetzwerks Berlin.

Seemit Wahi ist Diplom-Sozialpädagoge mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung für Jugendliche mit Migrationshintergrund (Straßensozialarbeit) bei Gangway e.V., Berlin.

Die Berichterstattungen verdeutlichen im Plenum die brisanten Fragen aus den Workshops.
Ulf Höpfner, Lisa Thaler



Warum redet keiner über den Rassismus in der LesBiSchwulen Szene? Ausgrenzungen sichtbar machen!

Bericht aus dem Workshop 2

Inputs/Fallbeispiele: Bali Saygılı und Helmut Wanner

Moderation: Serpil Pak

Berichterstatterin: Lisa Thaler

Zwei Beispiele:

- Helmut Wanner ist Sozialarbeiter bei „Subway“¹ einem Projekt für „Jungs, die unterwegs sind und anschaffen“. Herr Wanner schildert rassistische Erfahrungen von Besuchern seiner Einrichtung. Besonders die Gruppe der Roma aus osteuropäischen Ländern, so Herr Wanner, mache in Bars vermehrt die Erfahrung, dass ihnen aufgrund ihrer Herkunft der Eintritt verweigert würde, weil ihnen unterstellt wird, kriminell zu sein. Herr Wanner weiß auch von rassistischen Zuschreibungen gegenüber anderen Nationalitäten/ethnischen Gruppen zu berichten und gibt diese stereotype und rassistische Darstellung von „Nicht-weißen Menschen“ und Migranten wieder.
- Bali Saygılı ist Leiter des Projekts MILES „Migranten, Lesben und Schwule“ des LSVD. Herr Saygılı empfindet die Diskussion um Rassismus in der lesbisch-schwulen Szene als unangebracht, da Rassismus von jedem Menschen ausgehen könne. Daher möchte er den Blick auf den „Rassismus“ lenken, der von Migranten auf „weiße schwule Männer“ ausgeübt werden würde. Herr Saygılı berichtet von einem binationalen verpartnerten schwulen Paar, in dem der eingewanderte Partner seinem deutschen Lebensgefährten nach einiger Zeit offenbarte, dass er nicht schwul sei, aber aus aufenthaltsrechtlichen Gründen verpartnert bleiben möchte. Der deutsche Partner fühlt sich stark belastet und unter Druck gesetzt. Dies sei ein Beispiel, wonach Rassismus auch von Migranten gegenüber Deutschen ausgeübt werden könne.

¹ Ausgeschriebene Namen und Kontaktdaten aller beteiligten Träger und Initiativen im Anhang.

Die detaillierte Beschreibung von Rassismen wird von der Mehrheit der Anwesenden als unangemessen empfunden. Es wird an folgenden Punkten weitergearbeitet:

1. Wie definieren wir in diesem Workshop Rassismus?
2. Wer ist eigentlich „Schwarz“ oder „People of Color“?
3. Mehrfachdiskriminierung
4. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von queeren Migrant/innengruppen mit lesbisch-schwulen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft
5. Selbstreflexion „weißer Menschen“

1. Wie definieren wir in diesem Workshop Rassismus?

Das von Herrn Saygılı genannte Beispiel polarisiert die Diskutant/innen stark.

Die Diskussion erhitzt sich zunehmend, als eine „nicht-weiße Teilnehmerin“ bemerkt, dass „People of Color“ und „Schwarze Menschen“ keinen Rassismus gegenüber „weißen Menschen“ ausüben können. Daraufhin wird ihr von mehreren Seiten Rassismus vorgeworfen. Erst die Intervention einer weiteren Teilnehmerin kann die Zurufenden beschwichtigen, indem sie detailliert den Unterschied zwischen Rassismus und Diskriminierung erläutert. Ersteres, so erklärt sie, kann tatsächlich nur von „weißen Menschen“ auf „nicht-weiße Menschen“ ausgeübt werden, da die Funktion von Rassismus sei, Machtgefälle, Ressourcen und Deutungsmacht weltweit in „weißem Besitz“ zu behalten. Rassismus sei weiterhin eine Legitimationsstrategie, die seit über 500 Jahren von „weißen ausbeutenden Menschen“ praktiziert werde. Der Unterschied zu einer Diskriminierung, welche auch von einem „nicht-weißen Menschen“ gegenüber einem „weißen Menschen“ ausgeübt werden könne, läge darin, dass diese diskriminierende Handlung zwar unfair und beleidigend sei, aber dennoch weder Herrschaftsverhältnisse abbilden oder fortschreiben noch dazu dienen würde, „weißen Menschen“ Ressourcen vorzuenthalten oder systematische Unterdrückung „weißer Menschen“ aufrechtzuerhalten.

Die Frage, wie Rassismus zu definieren sei, zieht sich durch den gesamten Workshop. Es werden zwei Definitionen genannt, wobei die zweite die Zustimmung der meisten Anwesenden findet.

1. Definition laut wikipedia:

Rassismus behandelt Menschen als einer Gruppe zugehörig und unterstellt ihnen auf Grundlage dieser angenommenen Zugehörigkeit unveränderliche Merkmale und Charakterzüge. Anhand dieser Einteilung bewertet der Rassismus die Menschen und hierarchisiert Gruppen von Menschen. Rassistische Theorien und Argumentationsmuster dienen der Rechtfertigung von Diskriminierung und Feindseligkeiten, der Kanalisierung negativer Emotionen und fördern das Überlegenheitsgefühl von Mitgliedern einer Gruppe.²

2. Drei-Punkte-Definon (von einem Teilnehmer eingebracht):

- a) Rassismus teilt Menschen in Großgruppen bzw. Kategorien ein.*
- b) Diesen Großgruppen werden bestimmte, unveränderliche Eigenschaften zugeschrieben.*
- c) Rassismus bedarf eines Monopols auf Macht und Ressourcen, um durchgesetzt werden zu können. Zur selben Zeit reproduziert er jene ungleichen Machtverhältnisse.³*

2. Wer ist eigentlich „Schwarz“ oder „People of Color“?

In der Diskussion wird mit den Begriffen „weiß“, „schwarz“ „People of Color“ und „Migrant/ Migrantin“ gearbeitet. Es wird vorausgesetzt, dass jede/r sich mit den Inhalten dieser Terminologie auseinandergesetzt und innerhalb des Schemas selbst positioniert hat. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Zugehörigkeit einer Person durch äußere Merkmale klar für jede/n erkennbar wäre. Diese Annahme führt zu einigen Unklarheiten. Als Konsequenz wurde der Beitrag eines türkeistämmigen Mannes als „weißer Beitrag“ angekündigt; eine Frau mit Migrationshintergrund, die von vielen als People of Color wahrgenommen wurde, berichtet, dass sie sich selber als

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Rassismus> letzter Zugriff 3.12.08

³ Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung legt ihrer Arbeit folgende Definition zu Grunde: „Rassismus ist eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess, mittels derer bestimmte Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartete und minderwertige «Rassen» oder ethnische Gruppen angesehen werden. In der Folge dienen diese Unterschiede als Erklärung dafür, dass Mitglieder dieser Gruppierungen vom Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen werden.“ (nach Philomena Essed)

weiß verortet und eine weitere Frau bemerkt, dass ihre Lebensrealität und Erfahrung als Migrantin oftmals nicht anerkannt würde, da sie weiß sei.

3. Mehrfachdiskriminierung

„Wo liegt eigentlich der Unterschied zwischen Rassismus, der von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht, und dem Rassismus in der schwul-lesbischen Szene?“ lautet die Frage einer Teilnehmerin. Dies wird im Verlauf der Diskussion anhand von Beispielen der Mehrfachdiskriminierung verdeutlicht. Denn obwohl Lesben und Schwule sich der gleichen Rassismen bedienen wie die Mehrheitsgesellschaft, ist die Konsequenz für von Rassismus betroffene eine andere. Sie werden zu Diskriminierten unter Diskriminierten. Diese Mehrfachdiskriminierung bewirkt, dass die Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen „nicht-weißer“ Lesben und Schwuler auch innerhalb dieser Szene nicht gehört werden. Rassismus in der lesbisch-schwulen Szene bedeutet, dass dominante Teile der Bewegung gefördert werden, während Lesben und Schwule of Color sich mit ihren Bedürfnissen unterordnen müssen. Somit ist ihnen ein diskriminierungsfreier Raum weder in der Mehrheitsgesellschaft, noch in den „Herkunftscommunities“/„ethnischen Communities“ oder der lesbisch-schwulen Szene gegeben.

4. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von queeren Migrant/innen-gruppen mit lesbisch-schwulen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft

Die Diskussion um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von queeren Migrant/innen und queeren Organisationen der Mehrheitsgesellschaft wird von zwei Teilnehmer/innenberichten ausgelöst. Der erste Bericht stammt von einer „weißen Frau“, die ein Projekt vorstellt, für das sie gerne Migrant/innen werben würde. Der zweite Beitrag eines afrodeutschen Mannes beschreibt seine Erlebnisse in einem „internationalen“ Projekt, in dem nur „weiße schwule Männer“ arbeiteten. Diese hätten keinerlei Interesse für seine politischen Belange gezeigt, sondern ihn als „schwarzen Mann“ exotisiert. Die Diskussion thematisiert zum einen die Wichtigkeit geschützter (und geschlossener) Räume für „nicht-weiße Queers“ und zum anderen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit, um neue Definitionen und Grundlagen des Miteinander-Lebens zu entwickeln.

5. Selbstreflexion „weißer Menschen“

Die Erkenntnis, dass „weiße Menschen“ ihr Weißsein reflektieren müssen, stammt aus der Diskussion um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Anstatt Antirassismus als Arbeit zu begreifen, die sich um Opfer von Rassismus kümmert oder Rassismus bei „anderen“ verortet, sollte jede/r bei sich selber anfangen. Die Dekonstruktion von Weißsein (Critical Whiteness) ist ein wichtiger Teil antirassistischer Arbeit und sollte der Bemühung, Migrant/innen in einem Projekt eingliedern zu wollen, vorangestellt werden. Sodann ist es möglich, im Kampf gegen Rassismus auf der gleichen Augenhöhe zu arbeiten und als „Weiße/r“ nicht paternalistisch zu sein.

Zusammenfassung

Die Stimmung im Workshop 2 war sehr gefühlsbetont, zeitweise sogar recht aggressiv. Die große Emotionalität, mit der die Teilnehmer/innen dem Problem Rassismus in der lesbisch-schwulen Szene begegnet sind, verdeutlicht die Brisanz des Themas und die Notwendigkeit, es weiterhin zu besprechen.

Lesben und Schwule mit unterschiedlicher Diskriminierungserfahrung streiten konstruktiv in WS 2.



Die zum Teil sehr persönliche Art der Diskussion zeigte auch, dass es bisher keine hinreichende Basis gibt, von der aus eine komplexere Analyse von Rassismus in der lesbisch-schwulen Community starten könnte. Bereits zu Beginn wurden verschiedene Rassismusdefinitionen von den Referenten und Teilnehmer/innen vorgestellt, auf die sich die Diskussionsrunde aber nicht einigen konnte. Die Diskussion um Rassismus scheint auch hier – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen – die Menschen mehr zu polarisieren als zu einen.

Und dennoch scheint in all dem Streit die Antwort auf die Frage des Workshoptitels zu liegen. „Warum spricht niemand über den Rassismus in der lesbisch-schwulen Szene?“ Weil es weh tut und verletzt. Weil unangenehme Fragen gestellt werden und die Antworten vielleicht ebenso unangenehm sind. Weil wir gezwungen werden, uns zu positionieren. Wenn Rassismus Machtdisparitäten herstellt und begründet, dann bedeutet ein Schweigen darüber seine Billigung. Aus diesem Grund müssen wir uns dem Thema stellen und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Der Workshop 2 mag aufwühlend und Kräfte zehrend gewesen sein, aber er ist ein richtiger Schritt für eine gleichwertige, antirassistische, lesbisch/schwule/trans*⁴ Gemeinschaft.

Serpil Pak ist Diplom Psychologin, Therapeutin und Kabarettistin. Sie ist seit langen Jahren, u.a. in den Themenbereichen „Konfliktmanagement“, „Interkulturelle Trainings“, „Motivations- und Kommunikationstrainings“ sowie im „Theater – Comedy – Stand-Up“ Bereich als selbstständige Dozentin, Fortbildnerin und Theaterpädagogin tätig.

Bali Saygılı leitet das Projekt MILES – Migrant*innen, Lesben und Schwule des LSVD Berlin-Brandenburg. Er ist Elektronik- und Kommunikationstechniker und studiert an der Katholischen Fachhochschule für Sozialarbeit. Die Förderung von Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Migrant*innen-communities bildet einen Schwerpunkt der Arbeit von MILES.

Helmut Wanner (Subway Berlin) ist seit 2004 Sozialarbeiter bei Subway, dem Projekt für Jungs, die unterwegs sind und anschaffen. Er ist dort in der Anlaufstelle und im Streetwork tätig.

4 Der Terminus „Trans“ mit hochgesetztem Sternchen (*) wird szeneeintern als Oberbegriff für transsexuell, transidentisch, transgeschlechtlich und/ transgender benutzt, da diese Begriffe stark umstritten und im Wandel begriffen sind und „Betroffene“ sich häufig nicht so bezeichnet fühlen, wie es ihrem eigenen Selbstverständnis entspricht.

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir zur Sensibilisierung gegenüber Rassismus und Homophobie?

Gemeinsam handeln – Netzwerke schaffen!

Bericht aus dem Workshop 3

Referentin/Moderatorin: Dipl. Pädagogin Ute Hiller (Lesbenberatung Berlin)
Berichterstatte(r)in: Unn Gustafsson

Im Workshop ging es um drei Schwerpunktthemen:

1. Berücksichtigung der Themen „Rassismus“ und „Homophobie“ in der Medienberichterstattung, 2. Vernetzung und 3. Dialog

1. Berücksichtigung der Themen „Rassismus“ und „Homophobie“ in der Medienberichterstattung

Migrant/innen so wie auch Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI-Personen) sind zwei äußerst heterogene Populationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Sie werden von den Medien in der Regel marginalisiert oder, wenn doch über sie berichtet wird, stigmatisiert. Die aus verschiedenen Sichten befangene Berichterstattung führt zu einer gesellschaftlichen Polarisierung. Sie fördert weder eine aktivere Teilhabe der Minderheiten, noch unterstützt sie eine aktive Antidiskriminierungsarbeit. Es kann sogar der gegenteilige Effekt eintreten: je zugespitzter und weniger sachlich über Migrant/innen und LSBTI-Personen berichtet werden, desto schwieriger ist es, den von ihnen sowohl erlebten als auch ausgeübten Diskriminierungen entgegenzuwirken.

Der Wunsch „nach einem höheren Verantwortungsbewusstsein seitens der Medienschaffenden“ wurde laut. Eine konsequente aber *nicht stigmatisierende* Präsenz von LSBTI-Personen und ihrer unterschiedlichen Lebensrealitäten, sowie von Migrant/innen in den Medien wäre erforderlich. Die differenzierte Sicht der Medien auf diese Gruppen sei eine Rahmenbedingung für den Sensibilisierungsprozess in der gesamten Gesellschaft. Zugespitzte und zum Teil pauschalisierende Aussagen über Homophobie nähmen in der

Berichterstattung viel Raum ein. Dagegen würden Berichte über erfolgreiche Antidiskriminierungsarbeit kaum Interesse wecken.

2. Vernetzung

Im Land Berlin existieren mehrere Organisationen, Beratungsstellen, Initiativen, Bündnisse und Institutionen, die Antidiskriminierungsarbeit betreiben. Dies spiegelte sich schon unter den Teilnehmer/innen des Workshops wider: Präsent waren u.a. GLADT e.V., die Arabische Elterninitiative, die Berliner Polizei, die Gewerkschaft Ver.di, Amnesty International, die Lesbenberatung Berlin e.V., ReachOut Berlin Opferberatung sowie einige Privatpersonen und Student/innen der Berliner Hochschulen. Von diesen sind einige eher sichtbar, viele wirken im Hintergrund bzw. mit der eigenen Zielgruppe oder im eigenen Kiez an der Basis. Ihre Leistungen, Probleme und Erfolge bleiben dementsprechend im eigenen Kreis. Die Anwesenden waren sich einig, dass ein intensiverer Informationsaustausch über die Arbeitsschwerpunkte gut

Vertreterinnen und Vertreter aus profilierten Vereinen sehen der Notwendigkeit der Vernetzung vor einer Weiterentwicklung oder Neuorientierung ihrer Projektziele.



wäre. Bevor im Land Berlin etwas ganz Neues aufbaut wird, ist eine Vernetzung der bereits existierenden Ansätze der beste Weg, um von den Erfahrungen anderer zu lernen und Stärken zu bündeln.

3. Dialog

Ein Dialog zu den Themen „Rassismus“ und „Homophobie“ muss zwischen den genannten Akteuren, aber auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stattfinden. Dabei ist unbedingt das Bildungswesen einzubeziehen. Die Schule ist als mitwirkender Akteur des Sensibilisierungsprozesses nicht wegzudenken. Dazu ergaben sich folgende kritische Fragen:

- Wie sieht der Unterricht zum Thema „Sexualkunde“ heutzutage aus?
- Was ist mit den Lehrmaterialien zum Thema Homosexualität – sind sie überhaupt noch aktuell?¹
- Gibt es Pflichtunterricht über die Ursachen von Migration oder Zusammenhänge zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen (Mechanismen der Mehrfachdiskriminierung)?

4. Handlungsperspektiven

Die Teilnehmer/innen haben ein gemeinsames Handeln vorgeschlagen, um engeren Kontakt zu den Medienschaffenden aufzubauen. Zusammen könnten die verschiedenen Akteure der Antidiskriminierungsarbeit in Berlin konkrete Ansätze entwickeln und der Öffentlichkeit vermitteln. Dabei solle es sich weniger um Lobbying-Arbeit handeln als um reine Informationsvermittlung. Wenn die Medien mehr Informationen direkt von den Kompetenzquellen erhalten, können sie im besten Falle ein ausgewogenes und realitäts-treueres Bild von Homophobie und Rassismus vermitteln.

¹ Anmerkung der Redaktion: in Berlin liegen zahlreiche hochaktuelle Lehrmaterialien zum Thema „Homosexualität“ vor, die Sexualkundeunterrichtlinien sind die Fortschrittlichsten im deutschsprachigen Raum. Richtlinien und Lehrmaterialien werden jedoch nicht regelmäßig in der Schule eingesetzt. Siehe hierzu www.berlin.de/lads/gglw/themen (hier: Bildung), siehe auch den Bericht aus Workshop 1.

Zwei konkrete Fragen an (die anwesenden) Verantwortungsträger:

- Was können Sie in ihrer jeweiligen Funktion tun, um eine Vernetzung zwischen den bereits existierenden Organisationen und anderen Akteuren der Antidiskriminierungsarbeit zu unterstützen? (z.B.: Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, Informationskanäle errichten, etc.)
- Frage an den Moderator des Streitgesprächs und Medienvertreter Cem Dalaman: Sehen Sie eine Möglichkeit, dass die Medien bzw. Medienschaffende sich auf eine Sensibilisierung einlassen? Kann es genau so interessant werden, über erfolgreiche Basisarbeit kleinerer Akteure wie GLADT e.V., Les MigraS oder Reach Out zu berichten, wie über zugespitzte Aussagen konservativer Politiker? Oder werden die Medienschaffenden immer süchtig nach Sensationen und Skandalen bleiben?

Ute Hiller (Lesbenberatung Berlin e.V.) ist Diplom-Pädagogin; Sexualpädagogin, Frauenbildungsreferentin nach dem GAIA-Ansatz (Gänzlichkeit analytischer und intuitiver Ansätze), Diversity-Trainerin, seit 1993 freie Referentin sowie Dozentin an verschiedenen Universitäten. Seit 2003 ist sie in der Lesbenberatung tätig.

Projekte und Adressen

ABqueer: Aufklärung und Beratung zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Lebensweisen, Tel: 030-92 25 08 44, www.abqueer.de

ADNB: Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin – Brandenburg, Tel.: 030-61305328, www.adnb.de

COC: Centre for Culture and Leisure, Verband der niederländischen Lesben und Schwulen

Gangway: Verein für Straßensozialarbeit in Berlin, Tel: 030-28 30 230, www.gangway.de

GLADT: Organisation türkeistämmiger Lesben, Schwuler, Bi- und Transsexueller und Transgender außerhalb der Türkei, Tel.: 030-26556633/34, www.gladt.de

LesMigras: Lesbische Migrantinnen und Schwarze Lesben ist ein Arbeitsbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., Tel.: 030-21 91 50 90, www.lesmigras.de

LSVD-MILES: Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule im Lesben- und Schwulenverband Berlin Brandenburg, Tel.: 030-44008240, www.berlin.lsvd.de

Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, Tel.: 030-90172369, www.berlin.de/lb/intmig/beirat

MR: Der Migrationsrat Berlin Brandenburg ist eine überparteiliche und weltanschauliche neutrale Organisation, die ihre Aktivitäten auf Deutschland konzentriert und zu herkunftsspezifischen Themen Stellung bezieht. Oranienstr. 34, D-10999 Berlin, www.migrationsrat.de

ReachOut: ReachOut ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer u. antisemitischer Gewalt in Berlin, Tel.: 030-695 68 339, www.reachoutberlin.de

Schwule Lehrer in der GEW Berlin: Tel.: 030-69041850, www.schwulelehrer.de

Subway: Das Projekt in Berlin für Jungs die unterwegs sind und anschaffen, Tel.: 030-215 57 59, www.subway-berlin.de

TBB: Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg, Tel.: 030-21 96 40 54, www.tbb-berlin.de



Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schmeckt Döner-Kebab von Sponsor Remzi Kaplan besonders gut!



Dokumente des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Nr

- 1 Information, Integration, Konfrontation
Homosexuelle Aufklärung in Jugendfreizeitheimen
und Schulklassen, 1991
- 2 Aspekte lesbischer und schwuler Emanzipation
in Kommunalverwaltungen, 1991
- 3 Gewalt gegen Schwule – Die Opfer schweigen.
Perspektiven für vertrauensbildende Maßnahmen
zwischen Schwulen und Polizei, 1991
- 4 Geschichte und Perspektiven von Lesben und
Schwulen in den neuen Bundesländern, 1991
- 5 Gründung gemeinnütziger Vereine, 1992
- 6 Gewalt gegen Schwule – Gewalt gegen Lesben
Ursachenforschung und Handlungsperspektiven
im internationalen Vergleich, 1992
- 7 Lesbische Mädchen
(K)ein Thema für die Jugendarbeit?, 1993
- 8 Pädagogischer Kongreß
„Lebensformen und Sexualität“, 1993
- 9 Lesben. Schwule. Partnerschaften., 1994
- 10 Lesben und Schwule im Gesundheitswesen, 1994
- 11 Homosexualität als politischer Asylgrund?, 1994
- 12 Der homosexuellen NS-Opfer gedenken, 1996
- 13 Tod in der Lebensgemeinschaft, 1995
- 14 Wie aufgeklärt ist die Verwaltung?
Lesben/Schwule und öffentliche Verwaltung, 1996
- 15 Opfer-Täter-Angebote
Gewalt gegen Schwule und Lesben, 1996
- 16 Lesben und Schwule mit Kindern – Kinder homosexueller Eltern, 1997
- 17 Antidiskriminierungsgesetz für Berlin?! 1999

- 18 Mietrecht für lesbisch-schwule Lebensgemeinschaften, 1999
 - 19 Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten in Berlin, 2001
 - 20 Anders sein und älter werden –
Lesben und Schwule im Alter, 2003
 - 21 Die Lebenssituation von
Lesben, Schwulen, Bisexuellen und
Transgender-Personen als Gegenstand
von Forschung und Lehre, 2005
 - 22 männlich-weiblich-menschlich?
Trans- und Intergeschlechtlichkeit, 2006
 - 23 Homo migrans.
Zur Situation binationaler
lesbischer und schwuler Partnerschaften
- „Sie liebt sie. Er liebt ihn“.
Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben,
Schwuler und Bisexueller in Berlin, 1999
 - Regenbogenfamilien – wenn Eltern
lesbisch, schwul, bi- oder transsexuell sind, 2001
 - Handreichung für die weiterführenden Schulen:
Lesbische und schwule Lebensweisen, 2006

Alle Schriften können Sie sich unter
www.berlin.de/LADS/gglw herunterladen.

Einen Teil der Schriften (Nr. 16, 17, 21, 22, 23) können wir Ihnen kostenlos zuschicken. Bitte wenden Sie sich an gleichgeschlechtliche@senias.berlin.de oder Tel.: 030-90282848.